

Volksrecht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Das „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition (Poststraße 4/6, durch die Geschäftsstellen der „Volksrecht“-Neue Gruppenstraße Nr. 5 und Neue Poststraße 11, durch die Zweigstellen: Jägerstraße 11, Poststraße 14/6 sowie durch alle Ausleger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,60 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 0,60 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 5143
Postfach-Konto Postfach-Num. Breslau Nr. 5832.

Anzeigenpreis: Je Zeilemeter für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Sonstige Anzeigen 10 Pf. Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Verammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 2 Pf. Das letzte Wort 1 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis zum 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition (Poststraße 4/6) oder in der Zweigstelle abgegeben werden.

Der deutsch-italienische Vertrag.

Rom, 29. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Unterzeichnung des deutsch-italienischen „Ausgleichs- und Schiedsvertrages“ erfolgte am Mittwoch nachmittag durch Mussolini und den deutschen Botschafter in Rom. Der Vertrag wird in den nächsten Tagen veröffentlicht. Er soll vorher bei dem Völkerbund hinterlegt werden. Voraussetzung für das Inkrafttreten ist die Ratifikation durch den Reichstag und die einseitige sächsisische Kammer in Rom. Der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt in Rom.

Der Vertrag hat während der letzten Tagung des Völkerbunds in Genf seine endgültige Formulierung erhalten und hätte eigentlich schon dort unterzeichnet werden können. Aber Mussolini legte auf die persönliche Unterzeichnung durch den Reichsaußenminister Wert, um den Unterzeichnungsakt so gleichzeitig zu einer politischen Demonstration insbesondere gegen Frankreich zu gestalten. Stresemann hat nicht zuletzt aus diesem Grunde auf seinen geplanten Weihnachtsurlaub im Süden verzichtet. Er hat auch Wünschen kein Gehör gegeben, die den Vertrag auf politisches Gebiet erweitern wollten.

Zimmerlin ist der Vertrag nicht nur ein juristischer Akt. Er liegt außer dem eigentlichen Schiedsverfahren auch ein Vergleichsverfahren zur Schlichtung etwa auftauchender politischer Streitfragen vor. Ein päpstlicher Vergleichsrat soll die Aufgabe haben, Vorschläge für die Beilegung irgendwelcher Streitigkeiten zu machen. Das eigentliche Schiedsverfahren wird durch ein Schiedsgericht aus fünf Mitgliedern erledigt. Seine Aufgabe ist, über Streitigkeiten zu entscheiden, die sich auf die Auslegung und Anwendung bestehender Verträge, Fragen des internationalen Rechts, Beziehungen zwischenstaatlicher Verpflichtungen und deren Wiedergutmachung beziehen. Das Schiedsgericht entscheidet nach dem zwischen den beiden Mächten bestehenden Abkommen, dem internationalen Recht und von den Kulturstaaten anerkannten Rechtsgrundsätzen. Sollten sich hier Lücken zeigen, so hat das Gericht Rechtsgrundsätze aufzustellen und danach zu entscheiden.

Paris, 29. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Unterzeichnung des deutsch-italienischen Schiedsgerichtsvertrages ist von den politischen Kreisen in Paris mit großem Interesse aufgenommen worden. Man verzeichnet mit besonderer Genugtuung die Tatsache, daß der deutsche Außenminister seine Reise nach Rom zur persönlichen Unterzeichnung des Vertrages aufgegeben hat, und sieht darin einen Beweis dafür, daß die deutsche Regierung auch die geringste Geste vermeiden wollte, die den von den nationalistischen Blättern geäußerten Befürchtungen Vorstoß leisten könnte, als ob der Vertrag eine Spitze gegen Frankreich und Südslawien enthalte.

Eine Erklärung des deutschen Generalkonsulats in Memel.

Zu der Meldung, daß der Ministerpräsident Waldemaras in einer Pressebesprechung erklärte, die Ausweisung der drei Redakteure sei nur von lokaler Bedeutung und könne nicht auf die deutsch-litauischen Verhandlungen von Einfluß sein, wird vom deutschen Generalkonsulat in Memel mitgeteilt, daß diese Ausweisung von der deutschen Regierung nicht geteilt wurde, vielmehr dem litauischen Gesandten in Berlin im Auswärtigen Amt erstattet worden, daß die Durchführung der Ausweisungen die Einleitung bzw. Durchführung der deutsch-litauischen Verhandlungen unmöglich mache.

Zentrumsstimmen gegen Rechtsregierung.

Das führende Organ des Zentrums, die „Germania“, erhebt auf die deutsch-nationalen Pläne zur Bildung einer Regierung der „kleinen Rechte“ am Mittwochabend eine Anklage, die an Klarheit nichts zu wünschen übrig läßt. Das Blatt schreibt: „Wespart zum maßgebenden Mann der deutschen Politik zu machen, hieße: Poincaré fällen, bedeute eine Gefährdung aller Erfolge, die die deutsche Außenpolitik in den letzten Jahren erzielt hat, ist überhaupt in dem Jahre der von uns erhofften Rheinlandräumung eine glatte Unmöglichkeit. Das Zentrum würde einfach seine Politik verleugnen, wenn es sich nur indirekt die Regierung der kleinen Rechte unruhigen wollte. Dieses Experiment darf nicht gemacht werden. Dann ist es schon besser, daß der Reichstag gleich aufgelöst würde. Denn die Regierung der kleinen Rechte“ dürfte den ersten Tag im Reichstag nicht überleben. Wenn Herr von Loebell aus Presseüberlegungen der letzten Zeit die Hoffnung schöpft, daß sich in der Auffassung des Zentrums über ein Zusammengehen mit den deutsch-nationalen ein Wandel der Anschauungen vorbereite, so überläßt er die Bedeutung von Auslassungen einiger Zentrumsblätter, die meinen, es könne nichts schaden, wenn das Zentrum einmal Gewehr bei Fuß die Rechte ausgeben lassen würde. So verführerisch dieser Gedanke ist, so unpolitisch ist er auch. Wir schließen uns der Meinung an, daß das Zentrum sich wieder an der Regierung beteiligen müsse und daß die Führung nur bei der Mitte liegen kann.“

Die „Kölnische Volkszeitung“ äußert sich am Mittwochabend zu dem Vorschlag des Bürgerblockpropagandisten von Loebell in scharf ablehnendem Sinne. Sie schreibt u. a.: „Herrn von Loebells Pläne sind durchsichtig; ihnen gegenüber kann nur festgestellt werden, daß sich im Zentrum niemand finden wird, der es mit seiner Verantwortung vereinbaren würde, die Politik der mittleren Linie nach rechts verschieben zu lassen. Das Schwergewicht muß bei den Mittelparteien verbleiben, von denen wir meinen, daß sie ihre Aufgabe darin zu sehen hätten, die außenpolitische Verbindung durchzuführen und sämtliche, insbesondere aber die beschlossenen Volkswirtschaften, in ein innigeres Verhältnis zu Volk und Staat zu bringen. Dazu ist die Mitarbeit der Sozialdemokratie erwünscht.“

Der Dichter R. M. Rilke gestorben.

Rainer Maria Rilke ist am 29. Dezember, 51 Jahre alt, in dem Schweizer Luftort Montreux einem langwierigen Lungenleiden erlegen.

Mit Rainer Maria Rilke ist einer der wenigen echten lyrischen Dichter dahingegangen, die unsere Zeit besaß. Nur kritischer Glaube an die „Erzungen“ der Gegenwart kann ja übersehen, wie hart die kapitalistische Gesellschaftsordnung mit ihrer zwangsläufigen Mechanisierung aller menschlichen Beziehungen die geistigen und seelischen schöpferischen Kräfte heute „einschnürt und ausbrennt“. Wären andere Dichtungsarten dadurch, daß sie die Auseinandersetzung mit diesen seelenfeindlichen Mächten selbst darstellen, noch ihr Leben fristen, so ist gerade die Lyrik als die reine Formung des Gefühls in solcher Zeit am schärfsten bedroht. Im deutschen Sprachgebiet hat sie sich teilweise in die engen Zirkel romantischer Feistsaristokraten geflüchtet, die durch Flucht in die Vergangenheit, Verwirklichung neuer Gemeinschaftsformen im kleinsten Kreise und predigthafte Verkündung des eigenen Vorbildes für die Jugend genug zu tun glauben. Der bedeutendste Dichter dieses Kreises, Stefan George, zeigt ein starkes Gefühl für das Tragische einer solchen Stellung zum Volke, gibt die Schuld daran aber der entsetzten Masse, ohne die sozial-gesellschaftlichen Zusammenhänge des Zerfalls der Volkskultur im Kapitalismus zu sehen. Auf der anderen Seite wird die Lyrik der mit uns kämpfenden Dichter auf dem Wege von Richard Dehmel bis etwa zu Max Barthel immer mehr zum bloßen Aufschrei, der nicht mehr allzu fern vom Artikel des Zeitungsschreibers bleibt; und die Zeit auch erst neu herbeiführen will, in der die Lebensquellen der Dichtung voll wieder strömen. Zwischen diesen beiden extremen Gruppen bleibt einzelnen einsamen Gestalten, zu denen vor anderen Rilke gehörte, noch am ehesten die Erwennung rein lyrischer Klänge möglich.

R. M. Rilke war in Prag geboren und verdankt seinen nervösen Sinn für die Ausdruckskraft der Sprache wohl nicht zuletzt dem Aufwachsen im gemischtsprachigen Gebiet und der späteren Auseinandersetzung mit der Literatur anderer Länder. Es ist in Deutschland wenig bekannt, daß er in den letzten Jahren durch seinen langjährigen Aufenthalt im französischen Sprachgebiet sogar dazu kam, selbst kleine Dichtungen französisch zu schreiben und zu veröffentlichen. In Paris fand er stärkste Anregung auch durch die bildende Kunst, zeitweise war er Privatsekretär des großen französischen Bildhauers Auguste Rodin, dessen zugleich dem verfeinerten Sinnesindruck und der Gestaltung idealer Typen zugewandter Sinn tief auf ihn wirkte.

Das eigentliche Thema der Rilkeschen Dichtung war immer das Schicksal des Einzelwesens in seiner Isolierung und Endlichkeit, in der Individualisierung höchste Vollendung bedeutet. „O Herz, gib jedem seinen eigenen Tod!“ So beginnt eines der vielen tief religiösen Todesgedichte des Verstorbenen. Katholische und russisch-orthodoxe Mythen waren gelegentlich der Ausgangspunkt dieser religiösen Dichtungen, die aber niemals kirchliche Bindung erkennen ließen, sondern schließlich in einer dogmenlosen Mystik endeten. Rilke blieb Lyriker auch in seinen Prosabüchern, von denen leider das einzige nach-sentimentale, „Die Geschichte vom Cornet Christoph Rilke“ am beliebtesten geworden ist, während die früheren „Geschichten vom lieben Gott“ und der Roman „Die Aufzeichnungen des Malte Laurids Brigge“ viel wirksamer enthalten. Aus seinen zahlreichen Gedichtbänden „Mir zur Feier“, „Neue Gedichte“ usw. sollte ein Auswahlband jetzt endlich das wichtigste zusammenfassen.

Es war bezeichnend für den einsamen mit dem Todesproblem ringenden Dichter, daß er eine Berufung in die preußische Akademie für Dichtkunst ablehnte, weil ihm alle öffentliche Stellungnahme ganz fern lag. Wesen und Grenzen nicht nur seiner Persönlichkeit, sondern der Bedingungen echter Lyrik in der Gegenwart wurden durch diese letzte Neuerung noch einmal blühartig beleuchtet.

Kleinkaliber.

Von Polizeioberst a. D. Schülinger, Mitglied des „Reichstagen-Ausschusses des Reichstags der Republik“.

In den letzten Wochen ist in Magdeburg, vom Värm der Regierungstruppe überstoß, das „Reichstags-Kleinkaliber-Republik“, Bund der republikanischen Kleinkaliber-Schützenvereine Deutschlands“, gegründet worden, ein politischer Vorgang, der angesichts der außenpolitischen „Sanktionierung“ der „Baterländischen Verbände“ durch die Reichsregierung in den nächsten Tagen von rechts und links und sicherlich auch in den Reihen des „Reichsbanners“ und der Sozialdemokratie gebührend kommentiert werden wird.

Darum zunächst ein paar grundsätzliche Worte zum Kleinkaliber-Problem! Das „Reichsbanner“, die „Mutter-Organisation“ des „Reichstags der Republik“, das übrigens aus verwaltungsrechtlichen Gründen organisatorisch und technisch vom „Reichstags-Kleinkaliber-Republik“ getrennt bleiben muß, hat bis jetzt in Wort und Schrift alles getan, um der Kleinkaliber-Fest zu Leibe zu gehen.

So kann das „Reichstags-Kleinkaliber-Republik“ lediglich als eine zeitlich und sachlich begrenzte Notstandsmaßnahme der republikanischen Kriegsteilnehmerschaft betrachtet werden.

Das „Reichstags-Kleinkaliber-Republik“ ist, wie das „Reichsbanner“, entschieden kriegsgegnerisch eingestellt und wird sich in enger Fühlung mit der politischen und gewerkschaftlichen Vertretung der deutschen Arbeiterschaft mit allen Mitteln, dem Generalstreik und der Kriegslabotage, gegen jeden Krieg zu wehren wissen.

Seine Aufgaben liegen lediglich auf innerpolitischem Gebiet.

Das Kleinkalibergewehr ist und bleibt bei dem augenblicklichen Stand von Deutschlands Entwaffnung ein wichtiges Kraftelement bei inneren Unruhen, kurz gesagt, im „Bürgerkrieg“.

Stärkere, mit dem Kleinkalibergewehr bewaffnete Verbände spielen bei der in Deutschland vorhandenen Kräftegruppierung für innere, bewaffnete Auseinandersetzungen eine sehr wichtige Rolle. In Polen, Litauen, Spanien, Portugal und Griechenland entschied über das Schicksal des Staates die zahlenmäßig überragende, technisch vorzüglich ausgerüstete Armee; ein zweiter Kraftfaktor kam in den durch kein Entwaffnungsedikt „entmilitarisierten“ Staaten nicht in Frage. Ganz anders in Deutschland. Die kleine Wehrmacht konnte in ihren, meist im flachen Land und in Truppenübungsplätzen liegenden Garnisonen unter Umständen nahezu erdrückt, die Schutzpolizei in den Großstädten nahezu mitgehekt werden, wenn es den unentwegten Drahtziehern des deutschen Rechtsputzes gelänge, große Massen der mit dem Kleinkalibergewehr ausgerüsteten Verbände im Straßenkampf einzusetzen. Die „Wehrmannsbüchse“ ist für den offenen Feldkrieg nahezu unbrauchbar, für den Kampf um den Besitz von Ortschaften, Häuserblocks und Regierungsgebäuden jedoch sehr wohl geeignet.

Ob es möglich ist, durch einen auswechselbaren Lauf das äußerlich dem alten Infanteriegewehr völlig gleichende Kleinkalibergewehr für die im Rahmen innerpolitischer „Vollzeits-Aktionen“ vorkommenden Kämpfe im freien Feld brauchbar zu machen, möchte ich bezweifeln; dagegen ist das Kleinkalibergewehr, wie ich noch einmal betonen möchte, auch bei auswechselbarem Lauf und bei der nachträglichen Einfügung von Zügen in die meist ausgefeilten „Felder“ sicherlich kein brauchbares Kampfinstrument gegen den „äußeren Feind“. Dagegen bedeutet das Kleinkaliber-Problem eine Kardinalfrage im Machtkampf um die Republik.

Dreiviertel Jahre lang haben wir als Entscheidungsgegner jedes Krieges und jedes Bürgerkrieges vor der Kleinkaliber-Fest gewarnt, ein reichsgesetzliches, striktes Kleinkaliber-Verbot verlangt — und der Endeffekt? Die „Baterländischen“ haben unterdessen „aufgerüstet“, so daß der jüngste „völkische Hohenmas“ bereits mit „seiner“ Flinte bewaffnet ist und den Tag der „Befreiung“ ersehnt. Herr Rüß, der Oberbürgermeister der Republik, aber beschert uns den Entwurf eines Kleinkaliber-Gesetzes, das selbst in der demokratischen Presse eine wahre Panik herbeigerufen hat!

Der „Entwurf eines Gesetzes über Schußwaffen und Munition“ überläßt den Anlauf und Besitz von „Fieb- und Stichwaffen“ völlig den Ländern und gibt den Handel mit Kleinkaliberwaffen völlig frei! Weiter heißt es in § 17: „Alle Schrotwaffen, Scheibenschützen, Floberwaffen und Teleschings, aus denen keine Stahlmantelgeschosse verschossen werden, sind von den Vorschriften des Gesetzes zu befreien.“ Der Herr Referent meint ja ein begehrter Freund der schießtechnischen „Ertüchtigung“ unserer Jugend zu sein! Die Herstellung und Bearbeitung der „Kleinkaliberwaffen“ wird „konzessioniert“, nicht aber der Handel!

Weiterhin sanktioniert der Gesetzentwurf den in manchen Ländern geübten Zustand, daß der „Waffenheim“ nicht für den Waffenbesitz an sich, sondern für die Führung der Waffen in der Öffentlichkeit geordert wird. Es kann sich also jeder selbständige Grundbesitzer 200 Kleinkaliberbüchsen auf den Trockenboden legen und braucht nicht einmal einen „Waffenheim“ dazu! Von den Forderungen der republikanischen Presse: Bekämpfung des Kleinkaliber-Schießens auf den

eigentlichen „Schießsport“, Eingiehung der militärischen „Schießvorschriften“ und Kleinkaliber-Exerzier-Reglements, Anzeigepflicht für jede Art von Kleinkaliber-Schießen, Konfiszierung der Kleinkaliberwaffen und strenge Verwahrung des Schießpatents durch den „Schießwart“ — davon ist im ganzen „Referenten-Entwurf“ keine Spur! Selbst das Reichswehrministerium hat gewisse Bedenken gegen die Arbeit des schickwilligen Ministerialrats erhoben! Herr Dr. Kütz aber findet an der Massenbewaffnung unserer wie die Kampfbahnen einander gegenüberstehenden „Kampfbereitschaften“ nichts dabei! Anstatt schleunigst eine vorläufige Reichspräsidenten-Verordnung mit einem strikten Kleinkaliber-Schießverbot herauszubringen und dann im Geleitzweg die ganze Kleinkaliber-Produktion und vor allem den Handel streng zu erfassen und den Schieß-„Sport“ — wenn nun schon wirklich geknallt sein muß — auf einen ganz eng umgrenzten Stamm von Vorkriegs-Kleinkaliberschützen zu beschränken, bedeutet die neueste Leistung des Herrn Dr. Kütz nichts anderes wie: „Freie Bahn dem Bürgerkrieg! Junge Männer, bewaffnet euch!“

Wenn es aber schon einmal zu bewaffneten Unruhen in Deutschland kommt, dann wird die Kleinkaliberbüchse mehr Opfer streifen, wie die Geschütze der Reichswehr und die Karabiner der Schutzpolizei, das weiß jeder, der sich mit dem militär- und polizeitechnischen Problem des Bürgerkrieges in Deutschland jemals ernsthaft befaßt hat!

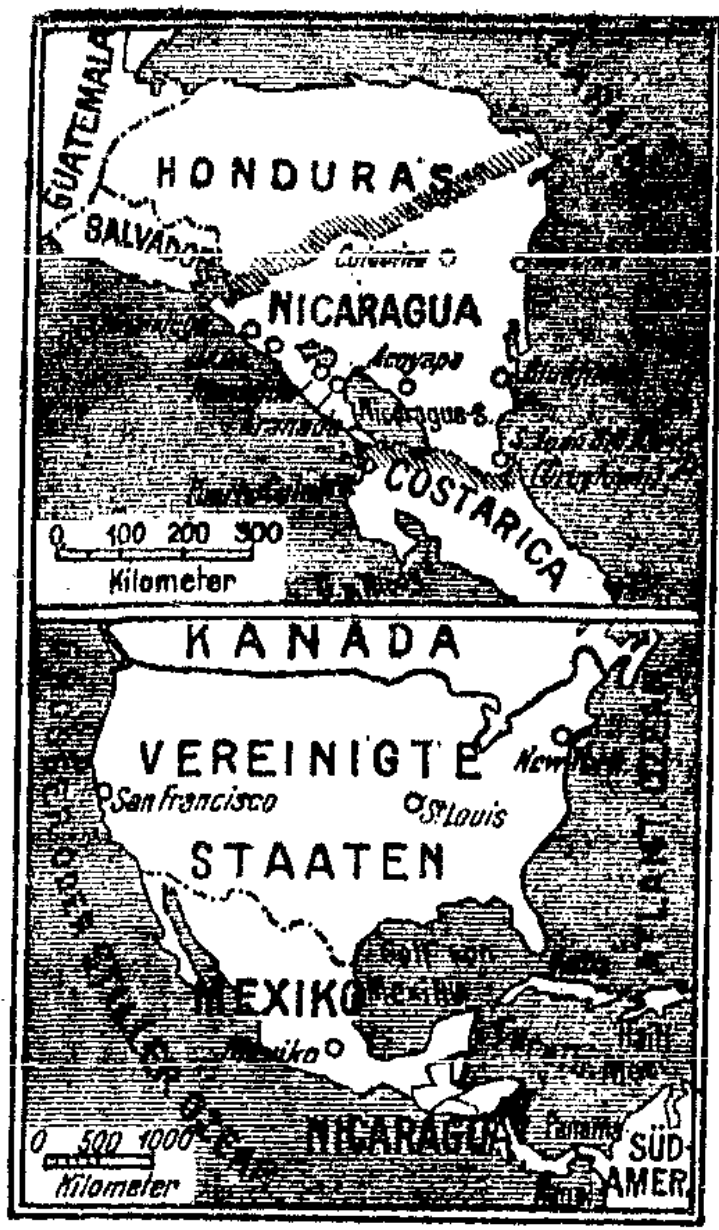
Also: Wir stehen nach dreivierteljährigem Kampf für ein striktes Kleinkaliber-Verbot vor einem geradezu kläglichen Verjagen der in Frage kommenden Instanz. Vielleicht mag die Preußen-Regierung und deren Polizeiverwaltung manches wieder gut, was die Reichsinstanz sträflicherweise verabsäumt hat. Jeder Polizist und Kriminalist aber weiß sehr gut, daß die Kleinkalibergewehre nie wieder herauszuholen sind, wenn sie einmal in der Bevölkerung verschwunden sind. Bleibt also nur bis auf weiteres die Selbsthilfe des Reichsstaats als Republik!

Sicherlich ist es keinem der Führer des „Reichsstaats“ leicht geworden, seinen Namen diesem „Schützenverein“ zur Verfügung zu stellen und nach der Kleinkaliberbüchse zu greifen in einer Zeit, in der uns der Ekel über eckliche Großkaliber der „großen Zeit“ noch den Magen würgt. Nicht Blutdurst und Latendrang, auf eigene Volksgenossen zu knallen, war der Motor zur Gründung des „Kartells“, sondern die Ueberzeugung, daß diese Republik erst dann über den Berg ist, wenn wir ihr mit der einen Faust noch einen kleinen Ruck nach vorwärts geben und mit der anderen den Waffenspieß der „Vaterländischen“ niederhalten!

Das „Reichskartell“ stellt eine Zusammenfassung aller reichsdeutschen Kleinkaliber-Schützenvereine dar, deren Mitglieder vorbehaltlos auf dem Boden der Verfassung stehen. Der Bund wird den Kleinkaliberport ohne „Exerzier-Reglements“ und „Felddienstordnungen“ in rein sportlichem Sinne fördern und lehnt jeglichen illegalen Waffenbesitz und jeden illegalen Schützendienst auf behördlich nicht genehmigten Schießplätzen ab. Abzeichen, Schützenjournale, Sonderkleidung, Freischießen, Benutzung von Ziel-Fernrohren und ähnliche Schützen-Fakturen, lehnt der Bund rundweg ab.

Seine Aufgabe ist nichtern und bitter ernst: die machtpolitische Sicherung der Republik im Rahmen der Staatsgewalt! So lange die Republik nicht die Kraft hat, ein republikanisches Anti-Diktatursgesetz zum Artikel 48 der Reichsverfassung zu schaffen und ein striktes Kleinkaliber-Verbot von Reich wegen durchzubringen, lehnt es die protestarische und republikanische Kriegsteilnehmerschaft, die letzten Gades diesen Staat geschaffen hat, ab, die Existenz der Republik dieser Reichswehr, dem „Deutschen Offiziersbund“ und den Vaterländischen Verbänden“, allein anzuvertrauen! Erst wenn eine Reichstags-Neuwahl die Grundlage für eine entschiedene republikanische Reichsregierung geschaffen hat und damit die Sünden der Exekutive und Kütz wiedergutmachen gestattet, werden wir die Parole ausgeben können: Nun aber reiflos aufgeräumt mit dem Groß- und Kleinkalibergewehr!

Die Sitzung des Sozialdemokratischen Parteiaussschusses. Nach einer Mitteilung des Parteivorstandes ist die Sitzung des Parteiaussschusses von Dienstag, den 11. auf Montag, den 10. Januar, verlegt worden.



Zum Konflikt in Mittelamerika.

Die Einmischung der Vereinigten Staaten von Nordamerika in Nicaragua hat die Völker Mittel- und Südamerikas gegen den großen Bruder im Norden aufgebracht. Besonders heftig ist der Protest Mexikos, das zwischen den Vereinigten Staaten und Nicaragua liegend, besonderes Interesse an der Nichteinmischung der Leute aus Washington hat.

Unsere bestehenden Karten geben in ihrem oberen Teil eine Uebersicht des Gebietes von Nicaragua und seiner Nachbarländer. Die untere Karte zeigt die Lage der Vereinigten Staaten, Mexikos und des gesamten Mittelamerika. Sie läßt erkennen, daß das Interesse der Vereinigten Staaten an Mittelamerika hauptsächlich aus der Besorgnis für die genügende Sicherheit des Panamakanals stammt. Die Republik Nicaragua umfaßt 128 340 Quadratkilometer, ist also noch größer, als Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden zusammengenommen, zählt aber nur 639 119 Einwohner, von denen 107 167 Weiße sind. Die farbige Bevölkerung teilt sich aus Negern (9,5 Prozent), Bräunlichen, (Trigueros 60 Prozent), Kupferfarbigen (Cobrios, Meztizen, 4,6 Prozent) und Gelben (Amarillos, ostasiatische Arbeiter 0,1 Prozent) zusammen. Die parlamentarische Regierung besteht aus dem Senat (13 Mitglieder) und der Abgeordnetenkammer (40 Mitglieder). Der Präsident des Freistaates wird auf vier Jahre unmittelbar gewählt und ist Oberbefehlshaber. Nicaragua besitzt die allgemeine Wehrpflicht, eine aktive Dienstzeit von 4 Monaten. Die Truppenstärke beträgt im Frieden 1000 Mann, im Kriege 75 000 Mann.

Ein Schweizer Sozialistenführer gestorben.

Bern, 29. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In der Nacht zum Mittwoch starb der Neuenburger Nationalrat, Genosse Kaine, der seit 25 Jahren zu den hervorragendsten Führern der westschweizerischen Sozialdemokratie gehörte. Kaine war 1874 geboren. Er erkrankte vor wenigen Tagen an einer Grippe, die in eine Lungenerkrankung überging und unerwartet rasch seinen Tod herbeiführte.

Vom chinesischen Bürgerkrieg.

Einer Neuermeldung aus Schanghai zufolge spielten sich erschütternde Szenen ab, als die Streitmacht Fengyongs das von einem der Generale Wupeifus seit sieben Monaten belagerte Sinan, die Hauptstadt der Provinz Schensi, entsetzte. Tausende von Menschen nahmen an den Toren der Stadt unter Freudenrufen Karrenladungen mit Lebensmitteln entgegen. Seit mehr als einem Monat haben täglich mehr

So war es ihm leicht geworden, nicht zu verhaften, sondern zu mißhandeln und zu töten. Da droben hatte kein Herz, keine Achtung vor dem früheren Arbeitskollegen, gelassen. Wie er aber die nächsten, von dem herannahenden Winter durchwehten Straßen hinabging, drängte sich der Polizeimann in ihm in den Vordergrund, und hielt ihm alles vor, was den Jungen verächtigte. Seine Beteiligung an den wilden Reben des Rattosen, sein plötzliches Verschwinden gerade in jener Nacht, ohne ein Lebenszeichen, wie jemand, der keine Spur vermissen will. Was fränte ein junger, ehrgeiziger Polizeimann daraus konstruieren. Und was hätte ein junger, ehrgeiziger Polizeimann aus der Benennung der Mutter alles machen können! Fallische Angaben, um den Sohn zu bedeu, und dann Verdacht der Mutter selbst gegen ihren Sohn! Und es gehört nicht einmal böser Wille dazu, die Worte Frau Krügers, ihr ganzes Verhalten nach der schlammigen Seite hin zu deuten. Das war es, was Starke am meisten bedrückte. Er wußte, daß man ihm vom absoluten Polizeihandspitze gut einen Rottwurf machen konnte, daraus, daß er Frau Krüger nicht — wegen Verdachtungsgefahr verhaftet hatte, sein Verstand konnte nicht von dem Gedanken los, daß der Junge irgendwie mit dem Schützernmeister und seinem Schicksal zusammenhing. Irgendwie — sein Verstand ließ dem Herzen den arbeitsigen Trost, daß die Verbindung des Jungen mit dem Ereignis ja nicht die überschüssige der direkten Täterschaft zu sein brauchte, daß er vielleicht nur zufällig zur Ausführung, zur Mithilfe an der Sache, beteiligt sein könnte. Er verstellte sich nicht: die Indizien deuteten auf Raubmord, die Indizien der Täterschaft bezeugten, daß nur noch die drei: Rattose, Hans, Egon. Das war es, was das Gesicht des Kriminalkommissars ernst und finstern machte, diese Ueberlegungen waren es, die seine Schritte schwer und schleppend werden ließen.

IV. Polizei und Staatsanwaltschaft arbeiteten fieberhaft im Fall des Schützernmeisters Heller. Und wie eine einmal in Bewegung gesetzte Maschine lief die Arbeit den Weg, den der von Anfang an eingeschlagen hatte. Die elektrischen Wellen trugen die Strohriesen der beiden Jungen und die unklare Beschreibung des Rattosen, die man dem Egon nach entlockt hatte, von der Kassenstation an alle Radiostationen, die Drähte des Telegraphen trugen das Signalwort der drei und die Beschuldigung gegen sie an alle Hauptpolizeistationen, besonders in die Hauptstädte. Die hantabarger Hofbeamten prüften die an Bord der Schiffe Gehenden nach argwöhnlicher als sonst; in den Gemeinheitsämtern im Upl für Obdachlose und im Heim der aufgefundenen Irrenden wurden strenge Vorhute gehalten. Die Polizei wurden eines Nachts plötzlich durchkreist. Die eilend in den

als 500 Menschen an Hunger und Kälte, an manchen besonders kalten Tagen sogar noch mehr als 1000. Die Todesfälle während der Belagerung werden auf 15 000 bis 20 000 geschätzt. Außerdem mühten die Kaufleute und die übrigen Einwohner den Militärbehörden über 2 Millionen Dollar abzugeben.

Die britische Arbeiterbewegung und Afrika.

Sechens erscheint eine Publikation über das Programm der britischen Arbeiterbewegung, betreffend die Eingeborenen in Afrika und die von ihnen bewohnten Gebiete, die unter der Verwaltung der britischen Regierung stehen. Das Büchlein, betitelt „Die Arbeiterbewegung und das Reich: Afrika (Africa and the Empire: Africa)“ herausgegeben vom Trades Union Congress und der Labour Party, 32-34 Eccleston Square, London SW. 1, Preis 6 Pence, enthält eine wertvolle Zusammenfassung sachkundiger Informationen über die Bedingungen der Arbeiterschaft in Afrika und ist daher von größtem Interesse für alle, die sich mit den Problemen der Kolonialpolitik der Arbeiterklasse befassen.

Das Programm behandelt lediglich jene Teile des afrikanischen Reiches, die als Kronkolonien, Protektorat oder Mandatsgebiete verwaltet werden, dagegen nicht die südafrikanische Union, die ein Dominion mit Selbstverwaltung ist. Diese erste Gruppe von Gebieten, die keine Selbstverwaltung haben, sondern autokratisch verwaltet werden, wobei die verschiedenen Typen der Verwaltung nur gradweise Unterschiede aufweisen, umfaßt mehr als zwei Millionen englische Quadratmeilen afrikanischen Gebiets und ungefähr 42 Millionen Menschen. Von diesen 42 Millionen sind nur weniger als 20 000 Weiße, hauptsächlich Kaufleute, Pflanzer, Kapitalisten und ähnliche. Die Eingeborenen unterliegen einer erheblich höheren direkten Besteuerung als die Weißen und so wurden die Farbigen ihres besten Bodens beraubt, den sie den Weißen zu niedrigen Preisen verkaufen oder verpachten mußten.

Zwei gegensätzliche Tendenzen bestehen hinsichtlich der tropischen Gebiete Afrikas. Die eine ist die der afrikanischen Politik, die den Boden der eingeborenen Bevölkerung vorbehalten will, europäisches Kapital und Unternehmungen aber insoweit nicht ausschließt, als diese die Entwicklung der Bevölkerung nicht hemmen. Die andere Tendenz, die europäische Politik, tritt für die ökonomische Entwicklung des Landes durch europäische Unternehmen mit Hilfe von sogenannten „freien“ oder offen gepreßten farbigen Arbeitern ein.

Die einzelnen Punkte des Programms behandeln die Probleme des Bodens, der als Eigentum der Eingeborenen angesehen werden soll; die Steuererträge sollen für die Bedürfnisse der Eingeborenen, wie Gesundheitswesen, Schulen und Landwirtschaft, Verwendung finden; bei Abschluss von Arbeitsverträgen soll jeder Zwang verboten, die bestehenden Sonderbestimmungen für Farbige aufgehoben werden. Weitere Forderungen betreffen das Schulwesen, das bisher völlig vernachlässigt war. Eine Labour-Regierung wird zuerst den Anteil der Eingeborenen an der kommunalen Selbstverwaltung steigern und sodann die Vertretung der Eingeborenen in den gesetzgebenden Körperschaften erhöhen, wobei das Ziel ein politisches System der Selbstverwaltung an Stelle der bestehenden Autokratie sein soll.

Aus dem Reich.

Der preussische Ministerpräsident, Genosse Braun, der von einem vor kurzem erlittenen Unfall noch nicht völlig wiederhergestellt war, hat sich durch einen weiteren Fall einer schmerzhaften Querschnitt der linken Hüfte zugezogen und muß insolge dessen das Bett hüten.

Aus der preussischen inneren Verwaltung. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, wurde Regierungsrat Neumann aus Straßburg in das Preussische Ministerium des Innern einberufen. Beseht wurden: Regierungsrat Dr. Meißner in Oppeln an die Regierung in Ansbach, Regierungsrat von Alt-Sutterheim in Allenstein an die Regierung in Breslau.

Die Dolchstoßlegende. Ein früherer Nachrichtenoffizier der Obersten Heeresleitung beim Stabe des deutschen Kronprinzen, Major Anker, hat im „Berliner Tageblatt“ unter der Ueberschrift „Die letzten Stunden des Kaiserreichs“, Erinnerungen an die Zeit des Zusammenbruchs veröffentlicht und ist dabei zu Feststellungen gekommen, welche der Dolchstoßlegende einmal wieder heftig widerprechen. Er führt die schnelle Ausbreitung des Rattosenaufstandes auf die Hilflosigkeit und das Verlagen der heimischen Militärbehörden zurück und stellt am Schluss fest, daß nicht ein treuloses und undankbares Volk seinen Kaiser verriet, sondern ein an den Rand der Verzweiflung gelangtes Volk seinen Glauben an den Thron verloren und Fieberhaft tastend nach gänzlich neuen Wegen gesucht hätte. Diese Erkenntnis eines Monarchisten ist wertvoll als Ergänzung der zahlreichen gleichartigen Zeugnisse, die bereits gegen den angeblichen „Dolchstoß“ der Revolution von 1918 vorliegen.

Knetpen und Tingeitangel St. Paulis fahenden Beamten hatten drei Strohriesen mehr im Kopf. In Stettin griff man zwei junge Burken auf, auf die die Strohriesen pasten — und mußte sie schließlich nach Landsberg an der Warthe zurückschicken, wo sie ihren Eltern, braven, hieheren Beamten, entlaufen waren, um die Welt zu sehen. In Bremen untersuchte man einen besoffenen eingekerkerten finnischen Rattosen auf Herz und Nieren, mußte aber doch einsehen, daß er nichts mit jenem gesuchten, vermeintlichen Mörder zu tun hatte.

Gräßberg tobte ungeduldig, der Untersuchungsrichter machte spitzige Bemerkungen über die glorreiche Polizei, die noch nicht einmal einen verklemperten Rattosen und zwei halbwüchsige Bengel fassen konnte. Und mit jeder spitzigen Bemerkung, die ihm zu Ohren kam, mit jedem Tag vergeblichen Suchens, der verunglückte wurde der Affessor überzeugter davon, daß die drei die Mörder waren. Warum hatten sie sich nicht längst gemeldet, wenn sie unschuldig waren? Unmöglich, daß sie nichts davon wissen sollten, daß man sie suchte. In allen Zeitungen war ihr Name als der der Verdächtigen genannt worden, die Rattosen des Landes waren allabendlich in den Pausen ihre Strohriesen mit Lichtschiffen an der Leinwand, 1000 Mark Belohnung waren für ihre Ergreifung ausgesetzt. Und von dem allen sollten sie nichts gemerkt haben? Sie mußten sich schon ein raffiniert ausgeklügeltes Versteck gesucht haben, wie es nur Schwerverbrecher tun.

Er konzentrierte alle Kräfte darauf, sie zu finden. Eufrau wurde befehligt.

Frau Krüger wurde zwar nicht verhaftet, aber die Beamten beobachteten jeden Schritt, den sie tat, sie spürten jedem Weg nach, den die jungen Burken gingen, die Hans und Egon begleiten wollten. Starke versuchte, die Nachforschungen weiter zu lassen, er dachte daran, daß es auch noch nicht geklärt war, wo Heller sich nach 6 Uhr abends aufgehalten hatte, aber er sah auch ein, daß sehr viel gewonnen sei, wenn man den Rattosen oder die Jungen gefast hatte.

Und es ging auch vorwärts. Ein fein eingedellter Polizeitrid trug köstlich Früchte.

In einem Abend spät — rund acht Tage nach dem Aufstehen des letzten Schützern — läutete jemand die Polizeimühle an und bestellte: „Kommen Sie mir nicht sofort die abgepackte Ladung grüne Bananen nach meinem Lager im Park des Orens schicken.“

Starke, der den Auftrag erwartet hatte, zog eilig den Mantel über, riefte den Brauning ein, vergaß nicht den Rattosen und konnte in einem Tagemonat, von dem er durch den jetzigen seiner Karte die höchste Gewandigkeit verlangte, auf der Dürftige, am Oplak, aber so, daß das Wort Kummel aus nicht gesehen werden konnte. (Fortsetzung folgt.)

Indizien

Roman von Paul Garbe.

Die sofort eingeleiteten Nachforschungen hatten nämlich ergeben, daß Hans weder bei seinem Onkel auf dem Lande war, noch dieser überhaupt etwas von Krügers gehört hatte, das ihm Hansens Besuch anmelde. Egons Eltern wußten nichts von ihm. Rehten entrüstet jede Verantwortung für ihn ab und erklärten ohne weiteres, ihn aller Schlichtigkeit für fähig zu halten. Starke war zu Frau Krüger gelangt worden, um den Aufenthalt ihres Sohnes Hans von ihr zu erfahren. Gräßberg hatte ihn auf den Weg gegeben, daß eine Verhaftung angebracht erscheinen könne, wenn ihre Angabe, daß Hans bei dem Onkel auf dem Lande sei, die so unwahrscheinlich schien, daß als falsch erwies. Starke war schonender vorgegangen, aber nach den ersten Worten Frau Krügers hatte er gemerkt, daß etwas nicht in Ordnung sei. Und als er die Adresse des Onkels erbeten hatte, damit die Polizeibehörde des betreffenden Ortes Hans dort vernehmen könnte, war Frau Krüger umgefallen. Ohne Worte hatte er alles von ihr erfahren. Daß Hans plötzlich verschwunden sei, ohne ein Lebenszeichen zu hinterlassen, daß sie nur gelangt hatte, er sei bei dem Onkel, um zu vermeiden, daß die Leute darüber redeten, und daß sie fürchte, er sei in schlechte Hände geraten.

Vollkommen zusammengebrochen war Frau Krüger, sie hatte nicht mehr daran gedacht, daß ein Kriminalbeamter vor ihr stand, sie sah nur noch den Menschen, einen Menschen, dem gegenüber sie ihr überalles Herz ausschütten wollte. So empfand Starke alles, die geträubte Stimmung des Jungen in der letzten Zeit, seine Sorge darüber, seinen Eltern als unzüchtiger Eifer zu Hause sitzen zu müssen, und nicht zuletzt den furchtbaren Verdacht, den die Mutter selbst gegen ihren Sohn hatte. Starke, der als Kollaborateur ausgeschickt war, war schließlich der gewesen, der den Jungen zu verhaften suchte, der der Mutter gegenüber ihren Sohn verteidigte. Er lag in ihr die Frau seines frühesten Freundes, die von einem schweren Verhängnis betroffen worden war, das sie nicht zu wehren vermochte.

Der Fall Rau.

Von Otto Landsberg, M. d. R.
ehemaligen Reichsminister der Justiz.

Der Redakteur der in Stuttgart erscheinenden kommunistischen „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ Fritz Rau veröffentlichte am 14. Dezember 1925 in seinem Blatte die Besprechung einer Aufführung des Films „Sein Wahnsinn“. Es hieß darin, der Abend habe für die Besucher nicht in zwei Stunden Unterhaltung bestanden, sie hätten vielmehr eine Aktion revolutionärer Aktivität, aktiven Klassenkampfes und heroischen Wiederaufbaus unter der Herrschaft der Arbeiter und Bauern erhalten. Manchem Arbeiter werde erst jetzt bewußt geworden sein, welch ungeheurer mächtiges Propagandamittel der Film in der Hand der bürgerlichen Klasse sei und wie er von ihr zur Verdummung der Arbeiterklasse benutzt werde, während er auf der anderen Seite in der Hand der Arbeiter ein hervorragendes Mittel zur Bildung und Belehrung wie in diesem Falle zur Propagierung der revolutionären Idee sein könne. Daß, unaustrisierlicher Klassenkampf gegen eine Gesellschaft, deren typische Vertreter gewisse im Film vorgeführte Emigranten seien, grabe sich in die Seelen der zuschauenden Arbeiter ein; ihre Herzen schlugen mit denen der russischen Arbeiter, denen sie zujubelten, und in ihnen erlöste der Wille, ihrem Vorbilde nachzuahmen. „Lenin ist tot, aber sein Werk lebt.“ Das sei der Wahnsinn, den der Film an Tausende und Aber-tausende gelangen lasse. Mögen die deutschen Arbeiter, so schließt die Besprechung, diesen Wahnsinn ebenso hören, wie die russischen, die ihn damit beantworteten, daß sie zu Hunderttausenden in die Kommunistische Partei, in die Reihen der Partei Lenins, eintreten.

In diesem Aufsatz, dessen Inhalt ich abstrahiert so ausführlich wiedergegeben habe, hat der vierte Straffenat des Reichsgerichts eine ein hochverräterisches Unter-nehmen vorbereitende Handlung erblidet und hat gegen Rau am 13. Juni auf eine Gefängnisstrafe von neun Monaten erkannt. Die Urteilsgründe lassen sich wie folgt zusammenfassen: Die Kommunistische Partei will ihre Ziele durch Gewaltanwendung erreichen. Die Mahnung Raus, das Beispiel der russischen Arbeiter nachzuahmen, fordert die deutschen Arbeiter zu gewalttätigem Handeln auf. Daher ist der Aufsatz hochverräterisch.

Die Mitglieder des vierten Straffenats mögen gute Juristen sein, wenngleich sie übersehen zu haben scheinen, daß der von ihnen angewendete § 86 RStGB, „eine hinreichende Bestimmtheit des hochverräterischen Unternehmens“ erfordert, die ich in dem Artikel Raus vermissen, auf alle Fälle sind sie schlechte Psychologen. Ein Kommunist, der Speise zu sich nimmt, denkt nicht daran, der Revolution einen Kämpfer zu erhalten, sondern er will nur essen, um seinen Hunger zu befriedigen, und ein Kommunist, der Artikel schreibt, will seinen Lesern etwas sagen, was sie gern hören. Rau hat ganz sicherlich nicht bezweckt, daß die Besprechung der „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ nach der Lektüre seines Aufsatzes und unter ihrem Eindruck auf die Straße gehen sollten, und sie haben es auch nicht getan. In London verhaftete einst ein Polizist einen Mann, der im Hyde-Park eine Menschenmenge zum bewaffneten Aufstand gegen die Regierung aufgefordert hatte, und schleppte ihn vor den Richter. Der fragte den Rebell, ob er denn die Regierung für schlecht halte und ob er sie tatsächlich mit Gewalt stürzen wolle. Der Festgenommene antwortete trotzig mit Ja. Darauf sagte der Richter: „So gehen Sie hin und stürzen Sie sie. Ich entlasse Sie.“ Der Mann geriet in die größte Verlegenheit, und die englische Regierung blieb am Leben. Unsere Richter zeigen nur gegenüber blutdürstigen Neukerungen von Rechtsradikalen dieselbe Rücksicht und Klugheit wie ihr englischer Kollege. Dagegen ahnden sie jede revolutionäre Tirade eines Kommunisten als Hochverrat, statt sich darauf zu verlassen, daß die Langweiligkeit der ewigen Wiederholung von Drohungen, die nicht verwirklicht werden, das denkbar beste Schutzmittel des Staates ist. Es ist gut, daß dem Jonglieren mit dem § 86 des Strafgesetzbuches aller Voraus-sicht nach in absehbarer Zeit der Boden entzogen werden wird. Der Entwurf eines neuen deutschen Strafgesetzbuches verzichtet nämlich auf die Bestrafung von Handlungen, die einen Hochverrat vorbereiten sollen, und das mit Recht. Der Obrigkeitstaat hat Furcht vor seinen „Untertanen“ und läßt keine Angst an Gesetzesbestimmungen erkennen, die ihn gegen eingebilddete Gefahren schützen sollen. Die Grundlage des Volksstaates ist das Vertrauen zu den freien Bürgern. Er fühlt sich stark genug, um über Worte, denn das sind die vorbereitenden Handlungen zumeist, zur Tagesordnung übergehen zu können. Wenn ein Zeitungsaufsatz ihn wirklich in seinem Bestand erschüttern könnte, so kann ihm auch die Beurteilung des Verfassers nichts helfen.

Rau ist aber nicht nur wegen hochverräterischen Unternehmens, sondern in Lateinheit damit auch wegen Zuwiderhandlung gegen § 7, Nr. 4 des Republiksschutzgesetzes, verurteilt worden. Dieses Vergehen hat er sich nach Ansicht des Reichsgerichts schuldig gemacht, indem er als Mitglied der KPD und kommunistischer Funktionär an einer staatsfeindlichen Verbindung, die die Bestrebung verfolgt, die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Reiches zu untergraben, teilgenommen hat. Denn, sagt das Urteil, daß mindestens der sogenannte Funktionärkörper der KPD eine solche Verbindung darstellt, ist außer Zweifel und in kändiger Rechtsprechung angenommen worden.

Die Kommunistische Partei wirkt in voller Oeffentlichkeit. Ihre Wahlvorschlüge werden von den Behörden den Wählern unterbreitet. Ihre Abgeordneten-Funktionäre sind in den Parlamenten und ihren Ausschüssen tätig. Niemandem fällt es ein, ihnen die Gleichberechtigung mit den Vertretern anderer Parteien zu bekreuzen. Über jeder Funktionär, den die Staatsanwaltschaft vor Gericht zu stellen beliebt, ist nach der Ansicht des Reichsgerichts, wenn nicht wegen anderer Delikte, so wegen seiner Zugehörigkeit zum Funktionärkörper der KPD, zu bestrafen. Die logische Folge wäre, daß auch jeder, der für die Kommunistische Partei propa-gandistisch tätig ist, eine Beurteilung zum mindesten auf Grund des Republiksschutzgesetzes zu gewärtigen hat. Nun wird aber die KPD durch Anknüpfen in so hohem Maße ge-fördert, wie durch Urteile von der Art derjenigen, das der 4. Straffenat gegen Rau gefällt hat. Danach müßten streng genommen, auch die Urteilsfasser wegen Förderung der Bestrebungen der KPD zur Verantwortung gezogen werden. Die Herren werden einwenden, daß sie sich der Folgen ihrer Handlung nicht bewußt gewesen seien. Ich gehe die Be-urteilung dieser Gründe ohne weiteres zu.

Man mag zu Amnestien stehen, wie man will: sie werden, so lange in der deutschen Republik Richter in höchster Stellung am Werke sind, die durch Voreingenommenheit stehen, was ihnen ein Lebenserfahrung und politische Klugheit abgeht, in ständiger Wiederkehr notwendig

sein. Welche Folgerungen gedenkt der Herr Reichsjustiz-minister aus den Urteilen gegen Rau und viele andere zu ziehen?

Die „Kote Fahne“ teilt jetzt mit, daß der Reichspräsident das Gnabengefühl des Redakteurs Fritz Rau abgelehnt hat. Es ist anzunehmen, daß die Entschließung des Reichs-präsidenten im Einvernehmen mit dem Reichsjustiz-ministerium getroffen worden ist. Der Fall Rau ist ein Schulbeispiel für unhaltbare Urteile, die das Reichsgericht wegen Schwerrats gefällt hat. Die Ablehnung des Gnabengefühls muß deshalb wie eine Prinzipienklärung wirken — wie eine Billigung der bisherigen Praxis des Reichsgerichts und wie eine Aufforderung zur Fortsetzung dieser Praxis.

Der Reichsjustizminister hat laut seine Stimme wegen des Justizrechts von Landau erhoben. Es steht ihm, so meint der „Vorwärts“ jetzt mit Recht, nicht gut an, die Wiedergut-machung des Justizrechts in Deutschland schroff abzuweisen.

Aus Schlesien.

Präsident Calonder zur Beschwerde des Deutschen Volksbundes.

Der Präsident der gemischten Kommission in Kattowitz, Calonder, hat die Beschwerde des Deutschen Volksbundes in Kattowitz über die Streikung von 7124 von 8580 Anmeldungen zur deutschen Minderheitsschule in seiner am 24. d. Mts. veröffentlichten „Stellungnahme“ als berechtigt anerkannt. Die Streikung war von den polnischen Behörden nach protokolliertem Vernehmung der Erziehungsberechtigten im wesentlichen (in 6512 Fällen) damit begründet worden, daß die Schüler nicht zur sprachlichen Minderheit gehörten. Der Deutsche Volksbund hatte demgegenüber auf die klare Fassung des Genfer Abkommens hingewiesen, wonach die Erklärung der Erziehungsberechtigten, daß das Kind zur deutschen (bzw. in Deutsch-Oberschlesien zur polnischen) Minderheit gehöre, nicht nachgeprüft werden dürfe. Präsident Calonders Entscheidung macht sich nunmehr diesen Standpunkt zu eigen. Sie erklärt die erfolgte behördliche Nachprüfung der Zugehörigkeit zur sprachlichen Minderheit und die darauf gestützte Streikung für zu unrecht erfolgt und ordnet an, daß die Kinder unerschädlich und ex officio den Minderheits-schulen zu überwiesen seien. Die polnischen Behörden werden gleichzeitig ersucht, Strafmandate wegen der bisherigen Schulverläumdung zu unterlassen bzw. zurückzuziehen. Bekanntlich haben die polnischen Behörden in einer Anzahl von Fällen, besonders in Kattowitz, Königshütte und Hohenlunde Verurteilungen wegen deutscher Schulverläumdung ausgesprochen, ohne die Einwendungen aus dem Genfer Abkommen irgendwie zu berücksichtigen.

Im einzelnen ist aus Calonders sehr eingehender Stellungnahme folgendes hervorzuheben:

Zunächst weist Calonder den vom polnischen Staatsvertreter gemachten Einwand der fehlenden Aktivlegitimation des Deutschen Volksbundes zurück; dieses Beschwerde-recht der Minderheitsverbände sei bereits durch frühere Entscheidungen der gemischten Kommission festgestellt worden, denen auch die Wojewodschaft Rechnung getragen habe. Wenn ober-schlesische Entscheidungen immer von neuem angefochten werden, werde die Aufgabe der gemischten Kommission und des Völkerbundesrates außerordentlich erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. In der Sache selbst erblidet er die Stellungnahme in der Vorladung und protokollierten Vernehmung der Eltern eine Verletzung des Genfer Abkommens und eine unzulässige Einwirkung auf die Erziehungsberechtigten, die, wie die Stellungnahme wörtlich sagt, um so mehr als Druck hätte empfunden werden müssen, als die Minderheit seit zwei Jahren einen fortwährenden Kampf mit den Behörden auf dem Gebiete der Minderheitsschule führt. Die Lösung rein kulturellen Wettbewerbes des Genfer Abkommens, die die Zugehörigkeit zur Minderheit oder Mehrheit in das objektive Ermessen und den jeweiligen freien Willen des Berechtigten stelle und jede Nachprüfung ausschließe, sei für Ober-schlesien, wo die sprachlichen und kulturellen Verhältnisse so sehr durcheinander gingen, geradezu eine objektive Notwendigkeit. Der Vorklaut der traglichen Bestimmung sei im übrigen bei den Genfer Verhandlungen von der polnischen Delegation vor-geschlagen und Polen habe selbst in anderen Verträgen, zum Beispiel mit Danzig und der Tschechoslowakei, auf deren Lösung bestanden. Aus diesem Vertragsrecht der freien Selbstbestimmung folgt die Stellungnahme, daß die Erziehungsberechtigten ohne Rücksicht auf Abstammung und Muttersprache zwischen Mehrheits- und Minderheitsschule wählen können und daß der von der Wojewodschaft eingenommene Standpunkt, wonach alle Kinder mit polnischer Muttersprache vom Besuch der deutschen Minderheitsschule zurückzuweisen seien, rechtlich unhaltbar sei. Die zuständigen Behörden hätten daher diese Kinder zu Unrecht vom Besuch der Minderheitsschule zurückgewiesen.

Für den Fall, daß die polnischen Behörden seine Stellungnahme nicht annehmen sollten, erklärt er der Präsident für dringend notwendig, den Völkerbundesrat zu bitten, den ganzen Rechtsstreit in seiner nächsten Session zu entscheiden.

Aus aller Welt.

Das europäische Fernverkehrsnetz in Deutschland.

Durch die Inbetriebnahme der neuen Fernfabel Wien-Berlin und Berlin-Holland-London ist die deutsche Fernsprechverwaltung ihrem Ziele, sämtlichen Orten Deutschlands eine Verbindung mit ausländischen Städten zu ermöglichen, beträchtlich näher gekommen. Andererseits wird Deutschland dank seiner günstigen zentralen Lage immer mehr zum Mittelpunkt des europäischen Fernsprechverkehrs. So geht bereits der Fernsprech-verkehr zwischen Schweden und der Schweiz und zwischen Holland und der Schweiz über Deutschland. Weber den Anknüpf des französischen Kabelnetzes an das deutsche Kabelnetz in Straßburg und den Belgien und der Tschechoslowakei sind gegenwärtig Verhandlungen im Gange. Der Anknüpf Österreichs an das deutsche Netz, der am 4. Januar Wirklichkeit wird, erhält noch besondere Bedeutung durch den Anknüpf von Budapest an Wien und damit auch an Berlin. Darüber hinaus laufen bereits Bemühungen, den gesamten Balkan durch Fernsprechfabel an Mittel- und Westeuropa anzuschließen. Auch dieser Plan dürfte in absehbarer Zeit Wirklichkeit werden. Für den deutsch-englischen Fernsprechverkehr, der im Kabel über Holland geht, wird gegenwärtig die Auslegung eines eigenen, direkten Kabels erwogen. Andererseits werden durch die Inbetriebnahme eines neuen vierten Fernsprechfabels zwischen Holland und England demnach nicht nur wie bisher bereits deutsche Großstädte, sondern alle deutschen Städte und Orte zum England-Fernsprechverkehr zugelassen werden.

Schneidmühle Arbeitsamt abgebrannt.

In der Nacht zum Mittwoch wurde die große einstöckige Holzbaracke in Schneidmühl, in der in zehn Räumen das städtische Arbeitsamt, das Wohnungsamt und das Arbeitsvermittlungsbüro untergebracht waren, durch ein Feuer in kurzer Zeit eingestürzt. Der weitaus größte Teil des im Gebäude befindlichen Akten wurde ein Raub der Flammen; auch die Möbel konnten nicht gerettet werden. Es wird Brandstiftung vermutet.

Stellenangelegenheit bei Chemnitz.

Am Dienstag nach gegen 10 Uhr verunglückte der Schnellzug Berlin-Chemnitz auf der Station Scheibersheim zwischen Weidheim und Mühlbach. Der Schnellzug war wegen Dampf-mangels auf dem kleinen Bahnhof halten geblieben. Durch ein Versehen ereignete sich nachgehender Güterzug freie Einfahrt und fuhr dabei auf den Schnellzug auf. Zum Glück konnte der Führer des Güterzuges noch im letzten Augenblick zum Bremsen anhalten, wodurch die Lokomotive und mehrere Wagen des Güterzuges

Sturm in Oberschlesien.

In West- und Oberschlesien wüthete in der Nacht von Dienstag zu Mittwoch ein heftiger Schneesturm, der dem Fernsprechverkehr schweren Schaden zufügte. Die Verbindung zwischen West- und Oberschlesien ist vollständig unterbrochen. Nach Breslau, Kreuzburg und Oppeln sind nur wenige Leistungen betriebsfähig. In Oberschlesien ruht auch der Fernsprech-verkehr völlig.

Gleiwitz macht Schule!

Vier Gefangene aus dem Gefängnis in Krappitz D.S. entwichen.

Am zweiten Feiertag befanden sich in einer gemeinschaftlichen Zelle die vier Strafgefangenen Nigolitz aus Randzitzin, Slowronetz aus Otmuth-Weide, Czupoz aus Polen und Scholz aus Hindenburg O.S. Als gegen 8 Uhr abends der diensttuende Justizwachmeister Stein ihre Gemeinschaftszelle betrat, fielen sämtliche vier Sträflinge über ihn her, jastelten, treibeln und verprügelten ihn, wobei er im Gesicht zahlreiche Verletzungen davontrug. Sodann bemächtigten sich die vier Gefangenen der Gefängnis-schlüssel, schlossen damit die Gefängnis-türen auf und gelangten so in den Gefängnisvorhof; dann über-kletterten sie das Tor und flüchteten in Richtung auf das Krappitzer Dominium. Justizwachmeister Stein konnte, da er gefesselt war, sich nicht fortbewegen. Durch Hilferufe machte er einen in einer Nebenstraße befindlichen Gefangenen aufmerksam, der dann durch das Gefängnisfenster Vorübergehende anrief, die den Gefangenen befreiten. Die sofort ausgenommene Verfolgung war ergebnislos. Da sich sämtliche Sträflinge in Unkenntnis der Richtung befanden, dürften sie sich nicht allzu lange ihrer Freiheit erfreuen.

Tablen. Gasvergiftung im Postauto. Das Postauto zwischen Schweidnitz und Heidersdorf blieb dieser Tage plötzlich unweit Groß-Wierau stehen, ohne daß die Fahrgäste wußten, was die Ursache sei. Als sie endlich nachsahen, fanden sie den Kraftwagenführer Nitzsche in halb erstarremt Zustand und blutend auf der Straße neben dem Wagen liegen. Er war von einem plötzlichen Unwohlsein befallen worden, hatte aber noch die Geistesgegenwart, das Auto anzuhalten. Als er den Führer verließ, brach er bewußtlos zusammen und stürzte mit solcher Wucht auf die Straße, daß er eine schwere Gehirnerschütterung erlitt. Die Fahrgäste brachten ihm Hilfe, und der Arzt stellte eine Gasvergiftung fest, die der Chauffeur im Führer-sitz erlitten hatte.

Dienitz. 206 000 Mark Kreishilfe für Hochwasser-schäden. In der Kreisstagung am Mittwoch wurde der Hergabe von 206 000 Mark Darlehn aus Kreismitteln zugestimmt. Angefichts der auf 458 000 Mark geschätzten Hochwasser-schäden im Kreise glaubte der Kreisrat über die Richtlinien der staatlichen Hilfsaktion noch hinausgehen zu müssen, um den höher geschätzten Bestkern eine wirkliche Hilfe gewähren zu können. 28 000 Mark sollen als sechsprozentiges verzinsliches Darlehn aus der Kreisparlasse aufgenommen werden.

Jauer. Ein Opfer der Erwerbslosigkeit. In der Nacht hörte man bei den Neubauten plötzlich einen Schuß. Als Straßenpassanten hinzueilten, fanden sie einen Mann sterbend auf dem Straßendamm. Es war der Kaufmann Paul Tielicher aus Waldenburg, der die Waffe gegen sich selbst gerichtet hatte. Er verstarb bald darauf. Der Grund zum Selbstmord war Erwerbslosigkeit.

Bunzlau. Schwere Verbrennungen beim Anzünden des Weihnachtsbaumes erlitt die dreizehn-jährige Tochter des Gasofenhauers Jahn, als sie am zweiten Feiertag die Lichter des Christbaumes anzünden wollte. Sie kam mit ihren leichten Kleidern den Lichtern zu nahe und stand sofort in hellen Flammen.

Grünberg. Ein zweites Riesenschwein. Beim Anstebler Adolf Seinke in Ober-Jauche wurde ein Schwein im Gewicht von 652 Pfund in einem Alter von 14 Monaten geschlachtet.

Waldenburg. Bergewalligt wurde am ersten Feiertag, abends gegen 11 Uhr 30 Min. ein junges Mädchen, das von ihren in Dittersbach wohnenden Eltern nach ihrer Wohnung in der Stadt Waldenburg zurückkehrte, von zwei jungen Männern, als sie einen dunklen Verbindungsweg zwischen zwei Straßen passierte, in der rohesten Weise. Als Täter wurden der Schlosser Reinhold P. und der Dachdeckerlehrling Herthold H. aus Ditters-bach ermittelt und dem Amtsgerichtsgefängnis zugeführt.

Waldenburg. Ein zwanzigjähriger aus Liebes-kummer in den Tod. Der Kohlen- und Schlackenfahrer Bergmann von der 11. Abteilung des Julius-schachtes der konf. Fuchsgrubbe beging gestern in der Mittagsstunde im Schlackenkanal Selbstmord durch Erhängen. Sofort angestellte Wiederbelebungsversuche blieben ohne Erfolg. Die Ursache zum Selbstmord war Liebeskummer! Bergmann war 20 Jahre alt und wohnte in Nieder-Hermisdorf.

zertrümmert und 14 Reisende des überfüllten D-Zuges durch den Zusammenstoß verletzt. Ein Hilfszug mit Ärzten war bald zur Stelle, und sämtliche Verletzte konnten nach Anlegung von Notverbanden ihre Reise mit dem unverfehrt gebliebenen Teile des D-Zuges fortsetzen. Die Schuld an dem Unfall trifft den Stellwerksbeamten, der dem Güterzug die Einfahrt gab, ehe der liegen gebliebene Schnellzug den Bahnhof verlassen hatte.

Ein Reichwehroldat erstickt seinen Kameraden.

In der Nacht zum Mittwoch gerieten in Hannsber zwei Reichwehroldaten, von denen einer Jütl, der andere Uniform trug, in einer Wirtshaus in Sireit. Pflötzlich zog der Grenadier Emil Claus von der 7. Kompanie des Infanterieregiments 16 sein Seitengewehr und tötete den Oberkanonier Ludwig vom Ausbildungsbataillon des Artillerieregiments 6 durch einen Stich in die Brust.

Neue Opfer der Kälte in Frankreich.

Nach einer Meldung aus Paris sind gestern in Frankreich wiederum sechs Personen der starken Kälte zum Opfer gefallen. Aus einzelnen Städten berichtet man eine anormale Sterblichkeit infolge der Kälte unter den älteren Personen.

Zwei Mann in einer italienischen Fischerbarke ertrunken.

Bei Nizza ist eine italienische Fischerbarke aufgefunden worden, deren einziger Insasse erst nach längerem Bemühen wieder ins Leben gerufen werden konnte. Zwei seiner Gefährten waren ertrunken und über Bord gespült worden.

Schwerer Baumsturz in einer berühmten Kirche.

In der römischen Laterankirche stürzte bei Umbauarbeiten eine Holzbrücke ein. Vier Arbeiter stürzten 16 Meter tief ab. Einer davon war sofort tot, die drei anderen wurden schwer verletzt.

Immer wieder Todesurteile in Rußland.

Das Gouvernementsgericht in Reningrad verurteilte am Dienstag von den 26 Angeklagten in dem sogenannten Prozeß in der „Schubarskoffstraße“ sieben zum Tode durch Erschießen, drei zu einer Freiheitsstrafe von zehn Jahren und die übrigen Angeklagten zu Freiheitsstrafen zwischen acht und drei Jahren. Die Schubarskoffstraße liegt in einem Arbeiterviertel von Reningrad. Vor ungefähr einem Monat ereignete sich dort ein Verbrechen auf eine junge Arbeiterin, die gleichzeitig Studentin der Arbeiter-fakultät ist. Dieses Verbrechen lag der Anklage in dem Prozeß zugrunde. Die Richter schleppten das Mädchen in einen abgelegenen Garten und verewaltigten es.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 30. Dezember.

Die Krisenfürsorge für Erwerbslose.

Der unermüdlichen parlamentarischen Arbeit der deutschen Sozialdemokratie ist es gelungen, das Gesetz über die „Krisenfürsorge“ durchzubringen.

Der § 1 dieses Gesetzes über die „Krisenfürsorge für Erwerbslose“ vom 19. November 1926 bestimmt, daß bei den Erwerbslosen der öffentlichen Arbeitsnachweise die Krisenfürsorge für diejenigen Erwerbslosen, die bereits 52 Wochen Erwerbslosenunterstützung bezogen und daher als ausgezeichnet im Sinne der Erwerbslosen-Fürsorge gelten, zu erteilen ist.

Dabei werden auch solche Erwerbslose in die Krisenfürsorge einbezogen, die seit dem 1. April 1926 ausgezeichnet sind, und somit keine Erwerbslosen-Unterstützung mehr erhalten.

In besonderen Härtefällen kann auch die „Krisenfürsorge“ an ausgezeichnete Erwerbslose dann gewährt werden, wenn sie infolge langer Erwerbslosigkeit und besonders ungünstiger wirtschaftlicher Verhältnisse in ihrem Bezirk und Beruf bereits vor dem 1. April 1926 ausgezeichnet waren. Für diese Fälle muß aber der Antrag bis zum 31. Dezember 1926 gestellt werden.

Für Erwerbslose, die aus der Erwerbslosenunterstützung oder aus der öffentlichen Fürsorge übernommen werden, besteht in der Krisenfürsorge keine Wartezeit, das heißt, es wird vom ersten Tage an Unterstützung gezahlt.

Es gelten jedoch für die Krisenfürsorge auch die §§ 2, 3, 6, 7, 9-17 der Verordnung über die Erwerbslosen-Fürsorge vom 16. Februar 1924.

Die Unterstützung aus der Krisenfürsorge wird also unter den Voraussetzungen der Erwerbslosenunterstützung gewährt, wenn Arbeitswille, Arbeitsfähigkeit und Bedürftigkeit vorliegt, die Arbeitslosigkeit nicht in der Person des Antragstellers (eigenes Verschulden) liegt, und nicht durch Streik oder Aussperrung hervorgerufen wurde.

Dagegen stehen dem aus der Krisenfürsorge unterstützungsberechtigten Erwerbslosen, auch die üblichen Familien-Zuschläge für Ehefrau, schulpflichtige Kinder, unter Umständen auch Zuschläge für Stief- und Pflegekinder, zu.

Auch Ausländer sind nach § 6 der Verordnung vom 2. Februar 1926 aus der Krisenfürsorge bezugsberechtigt und zwar Angehörige folgender ausländischer Staaten: Schweiz, Deutsch-Oesterreich, Tschechoslowakei, Italien, Ungarn, Preisaat Danzig, Schweden und Dänemark. Dänische Staatsangehörige müssen aber seit dem 1. Juli 1919 in der deutschen Republik ansässig sein.

Die „Bedürftigkeit“ wird unter gleichen Voraussetzungen wie bei der Erwerbslosenunterstützung angenommen.

Es müssen also die Einnahmen der zu Unterstützenden und der in seinem Haushalt lebenden Familienangehörigen so gering sein, daß dadurch der notwendige Lebensunterhalt nicht bestreiten werden kann.

Für die Berechnung des Familien-Einkommens sind in der Praxis von den einzelnen Verwaltungsausführungen der öffentlichen Arbeitsnachweise „Bedarfsätze“ festgelegt worden, die sich hier schwer veröffentlichen lassen, weil diese Bedarfsätze steigende und fallende Tendenzen je nach der Größe und dem Wirtschaftsgebiet der Erziehungsgemeinden zeigen.

Angerechnet auf das Familien-Einkommen werden Zinsen von Rentenbezügen zur Hälfte, und Zinsen daher vom Bezuge der Krisenfürsorgeunterstützung unter Umständen ausgeschlossen. Bellig anrechnungsfrei bleiben gewerkschaftliche Erwerbslosenunterstützung, Stillscheld, neuerdings auch Wochengehalt einer Wöchnerin, die auf Grund einer reichsgesetzlichen Vorschrift bezogen werden, und Zusatzrente, die nach den §§ 88 bis 95 des Reichsversicherungs-Gesetzes gewährt wird.

Nebenverdienst des Erwerbslosen, der durch Gelegenheitsarbeit erzielt wird, wird auf die Unterstützung nur dann nicht angerechnet, wenn der Verdienst 10 Prozent des für eine Kalenderwoche zu zahlenden Betrages nicht übersteigt, den der Unterstützte einschließlich der Familienunterstützung erhält. Der Mehrbetrag des Verdienstes wird zu 60 Prozent auf die Unterstützung angerechnet. Dazu ist zu bemerken, daß für den Verdienst der Ehefrau andere Sätze maßgebend sind.

Bei der Beurteilung der Bedürftigkeit darf kleinerer Besitz, wie Spargroschen und Wohnungseinrichtungen, nicht in Betracht gezogen werden.

Die Unterstützungssätze in der Krisenfürsorge sind die gleichen wie in der ordentlichen Erwerbslosenunterstützung und werden nur für die sechs Wochentage, auch wenn diese Feiertage sind, nachträglich gezahlt. Das Zweieinhalbfache der nach einer Familie gezahlten Hauptunterstützung darf nicht überschritten werden, selbst wenn mehrere Familienmitglieder innerhalb eines Haushaltes Unterstützung aus der Krisenfürsorge beziehen.

Nach dem § 6 des Gesetzes über die Krisenfürsorge sind Erwerbslose, die aus der Krisenfürsorge unterstützt worden sind, bevorzugt vor anderen Erwerbslosen zu öffentlichen Notstandsarbeiten heranzuziehen.

Kostenloser Rat und Auskunft, desgleichen die Anfertigung von Gesuchen in allen Angelegenheiten der Erwerbslosen- und Krisenfürsorge wie auch der Wohlfahrtspflege, an alle Erwerbslose, auch Frauen und Mädchen, wird regelmäßig allwöchentlich von Montag bis Freitag von 9 bis 11 Uhr im Zimmer 13 des Gewerkschaftshauses von der Erwerbslosen-Kommission der SPD. erteilt.

Weihnachtsfeier des Distrikts 22.

Am 19. Dezember, abends 5 Uhr, hielt der Distrikt 22 im „Schloßhof“, Weinstraße, die Einbeziehung für die Kinder der erwerbslosen Parteigenossen des Distrikts ab. Etwa 29 Kinder wurden mit warmer Unterwäsche und Strümpfen und anderen Kleinigkeiten beschenkt. 170 Kinder anderer anwesender Parteigenossen erhielten jeder einen Beutel mit einem Strickel, Nusseln, Nüssen und Pfefferkuchen. Zur Verschönerung der Feier trugen Jugendliche Gedichte vor. Genosse Rache hielt die Festrede. Außerdem erhielten noch 30 Kinder des Distrikts von Herrn Fleckhermeister Stampe, Rosspothstraße, ein warmes Mittagessen. Herr Gastwirt Sieloz, Rosspothstraße, half durch reichliche Spenden an Geld und Lebensmitteln das Fest verschönern. Auch andere Genossen des Distrikts trugen durch Spenden dazu bei, allen anwesenden Kindern diesmal etwas zu geben. Ein gemütliches Beisammensein mit Tanz hielt die Genossen und Genossinnen bis Mitternacht beisammen. Allen Spendern sei hiermit herzlich gedankt. Die Distriktsleitung.

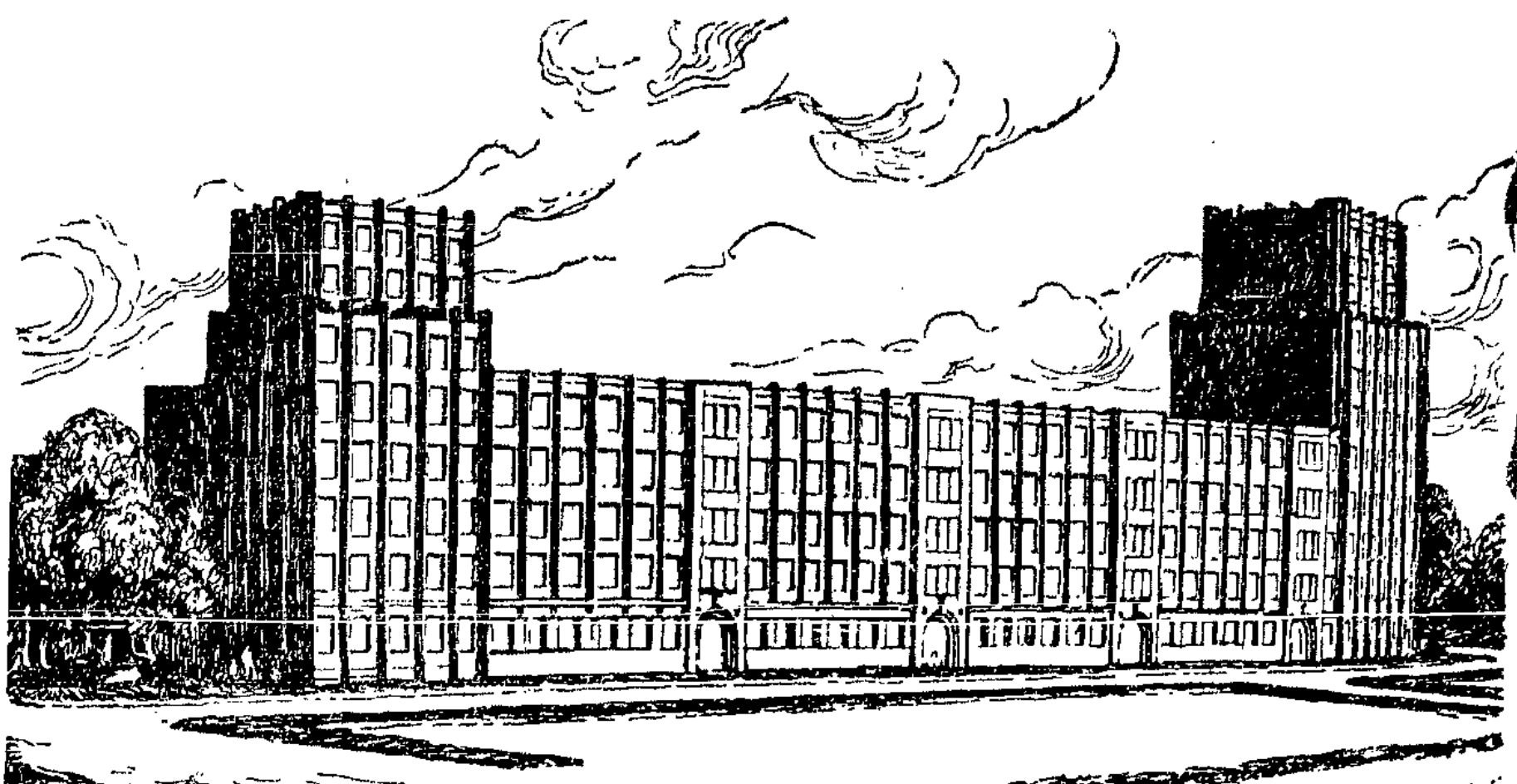
Weihnachtsfeier im Distrikt 9, Pöpelwitz.

Auch in diesem Jahre war es durch rührige Sammlung einiger Genossen und größerer Spenden gelungen, eine Weihnachtsfeier zu veranstalten. Mehr als 400 Genossinnen und Genossen waren unserm Rufe gefolgt. 142 Kinder nahmen an der Einbeziehung teil. Der Gemischte Chor Pöpelwitz und die Sozialistische Arbeiter-Jugend sorgten für gute Unterhaltung. Genossen Karl Pictel für seine treffenden Worte und allen, die mit geholfen, das Fest zu verschönern, unseren besten Dank.

Weihnachtsfeier des hädlichen Jugendheims.

Gestern fand im überfüllten Saale des Vincenzhauses eine Weihnachtsfeier der hädlichen Jugendheime statt, die, wie der Chef des hädlichen Presseamts, Herr von Hübner, in einer Begrüßungsansprache hienan sollte, den meistens erwerbslosen Jugendlichen auch eine Weihnachtsfreude zu geben. Nach einigen

Der Neubau des Postfachamtes.



Eines Tages erschienen auf dem verträumten Mikstärfrischhof an der Feldstraße Arbeiter mit Hacke, Art und Säge und rodeten die schönen alten Bäume aus, so daß die dahinter liegenden Hausgiebel in ihrer ganzen Häßlichkeit zur Schau traten. Lange blieb dann der Platz eine Wüste mit tiefen Löchern und wucherndem Unkraut. Die Sozialdemokraten protestierten im Stadtparlament gegen diese Verhinderung einer verkehrsreichen Gegend, und die Post entschuldigte sich, daß ihr in der Inflationszeit das Geld für den geplanten Neubau ihres Postfachamtes ausgegangen sei. Wieder verging ein Sommer; doch nun umgibt ein hoher Baum das Gelände, und niemand sieht mehr, was dahinter vorgeht. Eines Tages aber wird ein riesiges Mauerwerk über den Zaun herauswachsen, ähnlich dem neuen Polizeipräsidium, doch mit Türmen, die noch höher streben und andeuten, daß die Wolkenträger auch bei uns heimisch werden

wollen. Wird draußen in den Siedlungen der Flachbau als beste Wohngelegenheit bevorzugt, so werden die Geschäftshäuser im Innern der Stadt auf feinem Grund und Boden immer höher wachsen. Daß es ausgerechnet eine Behörde ist, die das erste Hochhaus in Breslau baut, kommt daher, daß heute überhaupt nur Behörden in der Lage sind, größere Bauvorhaben durchzuführen, während der Handelswelt die großen Mittel fehlen.

Der rechte Turm am Ohlau-Ufer, wird 11 Geschosse haben und 42 Meter hoch werden. Ein kleinerer Eckturm erhebt sich auch an der Klosterstraße. Von dem Friedhofsgelände war ein Streifen zur Straßenerweiterung an die Stadt abzutreten; die Feldstraße wird an dieser Stelle nun eine Breite von 20 Metern erhalten. Die Kosten des Baues, in dem über 750 Beamte und Beamtinnen tätig sein werden, sind auf 3.200.000 Mark veranschlagt. Am 1. April 1929 soll der Bau vollendet sein.

Musik- und Gesangsdarbietungen von Fräulein Maria Fuhrmann und den Herren Nowson vom Landesorchester und Klupisch, die starken Beifall fanden, wurde von den Kindern selbst das Weihnachtsstück „Die Zwergenpost“ aufgeführt. Anzuerkennen waren der Eifer und die Freude, mit der die kleineren und größeren Mitwirkenden ihre Aufgabe erfüllten, um der Aufzählung zum Gelingen zu verhelfen. So war auch der starke Beifall, der mehr dem guten Spiel als dem für vierjährige und ältere Jugendliche reichlich kindlichen Märchenstück galt, durchaus verdient. Die Kostüme der Mitwirkenden waren alle von erwerbslosen Mädchen im städtischen Jugendheim selbst angefertigt worden.

Unser Wandkalender.

Der Gesamtauflage unserer Zeitung liegt heut ein Wandkalender für 1927 bei, der allen Lesern und Leserinnen willkommen sein wird. Nur wenige Zeitungen werden einen Kalender in so geschmackvoller Ausführung herausgebracht haben, als unsere Druckerei, die sich damit zugleich zur Anfertigung aller Art von Drucksachen empfiehlt. Wer auf gute und saubere Ausführung seiner Drucksachen zu soliden Preisen Wert legt, darf bei unserer Druckerei bestimmt auf gute Bedienung rechnen.

Für den Kirchenaustritt

Ist der 31. Dezember jeden Jahres ein entscheidender Termin insofern, als derjenige, der vor Jahreschluss den Austritt vollzieht, nur noch bis zum 31. März des folgenden Jahres Kirchensteuern zu zahlen hat. Wer später austritt, hat die Steuer ein Jahr länger, also bis zum 31. März 1928, zu zahlen. In unserer armen Zeit kommt der Kirchensteuer insofern eine besondere schlimme Bedeutung zu, als mancher Notleidende wegen ihr gepöndelt wurde.

Politische Bildungstunde der SPD.

Die von der Partei vorgesehene Bildungstunde in Form von Arbeitsgemeinschaften, die ab Januar stattfinden, sehen folgende Vortragsthemen und Arbeitsgebiete vor:

1. Aufgaben und Aufbau der Sozialistischen Internationale. Referent: Genosse J. Birnbaum. Auf drei bis vier Abende berechnet. Anfang: Sonnabend, den 8. Januar, abends 7 1/2 Uhr, Zimmer 5, Gewerkschaftshaus.
2. Einführung in die Städteordnung. Referent: Rechtsanwalt Genosse E. Bandmann.
3. Aufgaben und Aufbau der Wohlfahrtspflege. Referent: Stadtrat Genosse F. Tsch.
4. Kommunale Finanzpolitik, der Etat und seine Bedeutung. Referent: Stadtr. Genosse R. Darf.

Die Kurse finden einmal in der Woche statt. Die Tage werden rechtzeitig bekanntgegeben, so daß jeder einzelne Gelegenheit findet, dieselben zu besuchen und die Bildungsmöglichkeit auszunutzen. Meldungen bis 4. Januar im Parteisekretariat, Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17, Zimmer 37, erbeten.

Silvester im Rundfunk.

Die „Schlesische Rundfunk“ bereitet für die Silvesternacht eine besondere Überraschung vor. Sie hat ein Abkommen mit dem Breslauer Magistrat geschlossen und dadurch die Erlaubnis zur Erneuerung eines altbewährten Brauches erwirkt. Ein von der „Schlesischen Rundfunk“ gewonnener Mikrophon wird um die Mitternachtsstunde vom Breslauer Rathausurm herab seine Weisen erklingen lassen. Ein Mikrophon sorgt dafür, daß alle Hörer Zeugen dieser mitternächtigen Neujahrsmusik werden können. Ein zweites Mikrophon wird im Erker des Rathauses aufgestellt, um das fröhliche Silvesterreiben auf dem Ringe unmittelbar der Hörerschaft zuzuleiten.

Darlehen zur Instandhaltung der Häuser.

Der Zustand mancher Häuser läßt immer noch zu wünschen übrig. Die hädlichen Behörden haben daher beschlossen, ein größeres Darlehen aufzunehmen, um hieraus gegen zeitig mögliches wirtschafflich schwachen Breslauer Hausbesitzern Darlehen zu geben. Auf die wirtschafflichen Verhältnisse des einzelnen Hausbesitzers wird weitgehend Rücksicht genommen. Nicht nur im Interesse der Weiser liegt es, wenn die Instandhaltungsarbeiten rechtzeitig begonnen werden, sondern auch im Interesse

des Hauseigentümers selbst, der sich dadurch vor größeren Aufwendungen bei weiterem Verfall des Hauses schützen kann.

Erfahrungsgemäß erfordert die Prüfung der eingereichten Kostenanträge und die Vorbereitung der grumbuchlichen Eintragung sehr oft längere Zeit. Deshalb ist es notwendig, daß die Anträge möglichst bald gestellt werden, damit im zeitigen Frühjahr mit den Arbeiten begonnen werden kann.

Breslauer Hausbesitzer, die infolge ihrer ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse nicht in der Lage sind, die für notwendige Hausinstandsetzungen erforderlichen Mittel anderweit zu beschaffen, tun daher gut, sich bald einen Vorruß im Zimmer 36 des Magistratsbüros II, Blücherplatz 14, 2. Stock, zu beschaffen und die notwendigen Instandsetzungsarbeiten veranschlagen zu lassen; dort werden auch mündliche Auskünfte am Dienstag, Mittwoch und Freitag von 8-1 Uhr erteilt.

Eh rung verdienter Feuerwehrleute.

Die Preussische Staatsregierung hat das Erinnerungszeichen für Verdienste um das Feuerlöschwesen wieder neu erteilen lassen. Es kann auf Antrag verliehen werden an Personen, die mindestens 25 Jahre im Dienste einer Berufsfeuerwehr oder freiwilligen Feuerwehr gestanden und sich durch ihre Tätigkeit um das Allgemeinwohl und das Feuerlöschwesen verdient gemacht haben. Eine stimmungsvolle Feier vereinte am 24. Dezember früh die Beamten der hiesigen Feuerwehr im Turnsaal der Hauptfeuerwache, um den Beamten, die für das Erinnerungszeichen in Vorschlag gebracht worden waren, das Ehrenzeichen überreichen zu können. Eingeleitet wurde die Feier durch das von der Kapelle der Feuerwehr gespielte Deutschlandlied. Der Deputiert der Feuerwehr, Stadtrat Scholz, legte dann in Vertretung des Oberbürgermeisters, der wegen dienstlich starker Inanspruchnahme der Feier selber nicht beizumehren konnte, die Bedeutung des Ehrenzeichens dar und überbrachte den Beteiligten die Glückwünsche des Magistrats und der Stadt. Hierauf händigte Branddirektor Dr. Kaiser unter anerkennenden Worten für die treu geleisteten Dienste den einzelnen Beamten die Auszeichnung mit dem dazu gehörigen Diplom aus und zwar konnte es an 1 Brandingenieur, 5 Brandmeister, 19 Oberfeuerwehrmänner und 30 Feuerwehrmänner verteilt werden. Ein flotter Marsch beendete die Feier.

Das Neujahrprogramm der Sportarena.

Der nächste Sonntag der Breslauer Winterbahn steht im Zeichen der Rennen hinter Motoren. In diesem über 74 Kilometer führenden „Großen Winterpreis“, der in 5 Läufen zu je vier Fahrern ausgefahren wird, sind die Läufe wie folgt zusammengestellt worden:

1. Lauf: Wynsdau, Sawall, Thomas, Feja.
2. Lauf: Jaeger, Feja, Sawall, Thomas.
3. Lauf: Jaeger, Wynsdau, Feja, Thomas.
4. Lauf: Wynsdau, Jaeger, Sawall, Thomas.
5. Lauf: Jaeger, Wynsdau, Sawall, Feja.

Als Schrittmacher treten für Jaeger der Amerikaner Carman, für Sawall Gedamke, für Feja Schmidt, für Thomas Reinhold und für Wynsdau der Breslauer Trenchin in Aktion. Gewertet werden die zurückgelegten Kilometer, es wird also, abweichend von den Gepflogenheiten des Vorjahres, nicht nach Punktwertung gefahren. Desgleichen sind auch, um einen einwandfreien Verlauf der Rennen zu gewährleisten, die Schrittmacher diesmal nicht ausgelost worden. Sämtliche Schrittmacher sind bereits in Breslau eingetroffen, um sich mit der Bahn vertraut zu machen.

Neben dem Dauerrennen gelangen noch ein Hauptfahren und ein 200-Runden-Mannschaftsrennen für Amateure zum Austrag. Für diese Rennen sind außer den bekannten Breslauer Wertpreisfahrern noch einige der besten Amateure aus dem Reich gewonnen worden.

So erscheinen aus Köln die Brüder der beiden jüngsten Berufsfahrer Hürtgen und Schorn, aus Dortmund Joch und Bragard und aus Berlin schließlich der deutsche Meister Graus sowie Engelmann und Krüger am Start.

Folgende Mannschaften sind für dieses Rennen zusammengestellt worden: Graus-Engelmann, Schorn-Hürtgen, Krüger-Reim, Joch-Bragard, Kidel-Siegel, Kieffrich-Krach, Gruner-Paller, Joch-Rehger, Breich-Spaniel, Gomolla-Bestler, Dittrich-Heimann, Joch-Reim, Hoffmann-Reimann. Da Mannschaften sind, die sich in vollkommen gleichwertiger Weise für spannende Kämpfe gegeben ist.

Die Straßenbahn am Silvester.

In der Silvesternacht wird außer dem fahrplanmäßigen Verkehr noch folgender Nachtverkehr eingerichtet:

Linie 1 ab Grünstraße von 1,09 Uhr nachts bis 4,40 Uhr morgens mit 10 Minutenfolge; ab Westend von 12,55 Uhr nachts bis 5,25 Uhr morgens mit 10 Minutenfolge.

Linie 2 ab Südpark von 1,01 Uhr nachts bis 4,41 Uhr nachts mit 10 Minutenfolge; ab Trebnitzer Platz von 1,11 Uhr nachts bis 4,51 Uhr morgens mit 10 Minutenfolge.

Linie 4 ab Morgenau von 11,33 Uhr nachts bis 4,53 Uhr morgens mit 20 Minutenfolge; ab Westend von 12,59 Uhr nachts bis 11,19 Uhr nachts; ab Scherzstraße von 11,56 Uhr nachts bis 4,16 Uhr morgens mit 20 Minutenfolge.

Linie 5 ab Klein-Tschansch von 12,27 Uhr nachts bis 4,17 Uhr morgens mit 10 Minutenfolge; ab Schlachthof von 1,01 Uhr bis 4,51 Uhr morgens mit 10 Minutenfolge.

Linie 6 ab Flughafen von 1,10 Uhr nachts bis 4,20 Uhr morgens mit 10 Minutenfolge; Schönstraße von 1,07 Uhr nachts bis 4,17 Uhr morgens mit 10 Minutenfolge; ferner 1,28 Uhr.

Linie 10 ab Gräbchen Friedhof von 1,09 Uhr nachts bis 4,49 Uhr morgens mit 20 Minutenfolge; ab Pagarbeutel von 1,09 Uhr nachts bis 4,49 Uhr morgens mit 20 Minutenfolge.

Linie 11 ab Matthiasstraße von 11,44 Uhr nachts bis 4,41 Uhr morgens mit 20 Minutenfolge; ab Gräbchen von 11,46 Uhr nachts bis 4,48 Uhr morgens mit 20 Minutenfolge.

Linie 15 ab Lohestraße von 11,45 Uhr nachts bis 4,45 Uhr morgens mit 20 Minutenfolge; ab Ostwig von 12,28 Uhr nachts bis 4,28 Uhr morgens mit 20 Minutenfolge.

Linie 18 ab Gabisstraße von 12,36 Uhr nachts bis 4,06 Uhr morgens mit 10 Minutenfolge; ferner 4,26 Uhr; ab Hirtel von 1,12 Uhr nachts bis 4,02 Uhr morgens; ferner 4,22 Uhr, 4,32 Uhr, 4,42 Uhr.

Auf diesen Wagen gilt der übliche Nachtarif, sofern sie nicht nach 4,30 Uhr früh ihren Ausgangspunkt verlassen.

Der Stand der Städtischen Sparkasse.

Von Sparkassendirektor Riedel.

Das Jahr 1926 ist das dritte nach Wiederherstellung einer festen Währung in Deutschland. In diesen drei Jahren hat sich, trotz schwerer Krisenzeiten, der Sparwitz des deutschen Volkes in bisher beispielloser Weise offenbart. Bereits zwei Monate nach der Stabilisierung hatte die Städtische Sparkasse zu Breslau wieder 5200 neue Sparer mit 263 000 Rentenmark Guthaben! Es fehlt eine Entwicklung der Sparkassen ein, die zu den allerfruchtbarsten Wirtschaftsergebnissen der Zeit nach dem Kriege gehört.

Ende 1924 bestanden bei der Städtischen Sparkasse 19 000 Sparnoten mit 4,6 Millionen Reichsmark Einlagen, Ende 1925 waren es 46 700 Sparer mit 17 Millionen Reichsmark, im Laufe dieses Jahres sind es bisher über 72 000 Sparer mit fast 29 Millionen Reichsmark geworden. Diese Zahlen gewinnen noch an Bedeutung mit der Feststellung, daß in dem genannten Zeitraum von drei Jahren die Zahl der Sparer ganz gleichmäßig zugenommen hat, nämlich anfänglich monatlich um 1200 bis 1500, schließlich im letzten Jahre um monatlich 2100 bis 2300 in vollkommen stetig ansteigender Kurve. Ganz überraschend ist ferner, daß das Anwachsen der Sparsummen im genannten Zeitraum sich ebenfalls fast völlig gleichmäßig mit 800 000 bis 1 000 000 Reichsmark monatlich vollzogen hat.

Aus der Gleichmäßigkeit der Entwicklung von Sparerzahl und Spareinlagen ergibt sich, daß die durchschnittliche Spareinlage sich nur langsam erhöht, was seiner weiteren Erläuterung bedarf, wenn man das Hinzutreten so zahlreicher neuer Sparer bedenkt. Immerhin besitzt der einzelne Sparer der Städtischen Sparkasse zu Breslau jetzt durchschnittlich rund 400 Reichsmark gegen 365 Reichsmark am Jahresbeginn. Vergleichsweise war die Durchschnittseinkünfte Anfang 1926 in Köln 587,1 Reichsmark, in Steinfurt 221,9 Reichsmark, in Berlin 270,1 Reichsmark. Der Westen hat mit seiner Sparentwicklung das übrige Reichsgebiet weit hinter sich gelassen. Immerhin besteht der Sparwitz des sparsamen Breslauer Bürgers bei Ehren, die durchschnittliche Spareinlage vor dem Kriege hat 364,5 Mark betragen! Anders steht es jedoch mit der durchschnittlichen Spareinlage, auf die gesamte Breslauer Bevölkerung bezogen: Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen Ende Juni in Breslau rund 43 Reichsmark, in Preußen war der Durchschnitt 40,83 Reichsmark, in der Rheinprovinz 57,99 Reichsmark, in Niedersachsen 23,72 Reichsmark, in Berlin 23,83 Reichsmark. Heute ist der Durchschnitt je Kopf der Bevölkerung in Breslau etwa 51,20 Reichsmark, eine günstige Zahl — aber sie erweist sich noch gering gegen 187 Mark je Kopf vor dem Kriege. Immerhin weist der Zuwachs an Sparbüchern heil nach oben. Bereits jeder achte Breslauer, Kinder und Greise einbezogen, ist schon wieder Sparer bei seiner Städtischen Sparkasse, während es zu Jahresanfang erst jeder zwölfte war.

Auswahl aus den Neuerwerbungen der Stadtbibliothek.

Leihstelle geöffnet werktäglich von 9 bis 2 Uhr.

Bornhausen, R.: Der Erlöser. 27. — Bauer, R.: Sittengeschichte des deutschen Studententums. 26. — Gesetz über die Aufhebung von Hypotheken, erl. v. C. Reichs. 26. — Bürgerliches Gesetzbuch. Nach d. Tabe v. Schiller, herausg. v. R. Greiff. 12. Aufl. 27. — Füllkrug, G.: Der Selbstmord in der Krieges- und Nachkriegszeit. 27. — Jerusalem, W.: Einführung in die Soziologie. 26. — Franck, R.: Lebenserinnerungen. 1. 27. — Thomalla, R.: Falsche Ehen. 25. — Schulte, R. W.: Leistungssteigerung im Turnen, Spiel und Sport. 2. Aufl. 27. — Dvorak, R.: Geschichte der italienischen Kunst. 1. 27. — Binder, W.: Das Problem der Generation in d. Kunstgeschichte. 26. — Binder, W.: Der Bamberger Dom. 27. — Altmann, W.: Orchester-Literatur-Katalog. 2. Aufl. 26. — Frimmel, T.: Beethoven-Handbuch. I. II. 26. — Verbi, E.: Briefe. Herausgegeben v. F. Werfel. Ueberl. v. Stefan. 26. — Koch, W.: Deutsches Literatur-Lexikon. Bg. I. 27. — Ewald, Franz: Kömische Tagebuch. 27. — Dschajewsky, J. W.: Briefe. Herausg. v. A. Lühner. 26. — Marcus, C. D.: Kant Hamann. 26. — Holland, R.: Das Leben Tolstois. 27. — Cartellieri, A.: Weltgeschichte als Kulturgeschichte. 382-911. 27. — Hurwicz, G.: Der neue Osten. 27. — Jzowski, A.: Im Dunkel der europäischen Geheimdiplomatie. I. II. 26. — Stieve, F.: Deutschland und Europa. 1890-1914. 26. — Stresemann: Reden und Schriften. I. II. 26. — Bürger, O.: Paragone. 27. — Das Erdbild der Gegenwart. Herausg. v. W. Gerding. I. 26. — Haefeli, S.: Syrien. 26. — Brenner, H.: Schlesiens Bedeutung für deutsche Wirtschaft u. Kultur. 26. — Scholz, H.: Die Dörfler. 26. — Biese, E.: Schlesiens Plastik. 26.

Amthlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Klettern bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)

Ganz Europa ist gegenwärtig der Kampfplatz warmer und kalter Luftmassen. Die dadurch entstehenden intensiven Sturmzirkulationen ziehen vom Nordatlantik mit außerordentlicher Geschwindigkeit über die südliche Ostsee nach dem Innern Russlands. Aus ganz Norddeutschland werden verbreitete Böen mit Regen- und Graupfällchen gemeldet. Von den Ostseeländern erfolgt außerdem ein kräftiger Vorstoß kalter Polarluft nach Süden, und gleichzeitig drängt mit einer neuen Sturmzirkulation (65 E) von Westeuropa warme Luft nach Mitteleuropa vor. Die Bitterung bleibt daher zum Jahreschluss noch außerordentlich unruhig und wechselhaft. Aussichten für das schlesische Flachland: Bei vorübergehend abflauendem nördlichem Winde wechselnd bewölkt, Temperaturabnahme bis zu leichtem Frost, später Aufschwüngen des Windes und neue Schneefälle wahrscheinlich.

Das Wetter im Gebirge.

Schneeföhe: Schneehöhe 71 Zentimeter, Neuschnee 3 Zentimeter; Schmelzerhaus: 221-240, Neuschnee 21-30, Schneeföhe: etwas vermehrt, Sportmöglichkeit: Ski und Rodel sehr gut; Wisenbaude und Prinz-Heinrich-Baude: 221-240, 31-45, etwas vermehrt, für alle Sportarten ausgezeichnet; Hampelbaude: 121-130, 6-10, Schneeföhe gleichmäßig, für alle Sportarten ausgezeichnet; Schlingelbaude: 121-130, 6-10, Schneeföhe gleichmäßig, Ski und Rodel sehr gut; Teichmannbaude: 86-90, 6-10, geföhrt, Ski und Rodel sehr gut; Krummhölz: 25, 6-10, geföhrt, Ski und Rodel gut; Brudenberg: 18, 6-10, etwas vermehrt, Ski und Rodel gut; Seibitz: 15, 11-15, etwas vermehrt, Ski und Rodel sehr gut; Peterbaude: 1131-140, 6-10, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut; Schneegrubens, Reifträger, Neue Schlesiße, Alte Schlesiße Baude: 151-160, 11-15, Pulverschnee, für alle Sportarten ausgezeichnet; Schreiberhan: 41-45, 6-10, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut; Heufuderbaude: 145, 6-10, Pulverschnee; Bad Hilsberg: 25, 1-2, etwas vermehrt, Ski und Rodel sehr gut; Glaser Schneeberg (Schweizer): 121 bis 130, 16-20, etwas vermehrt, Ski und Rodel sehr gut; Wolfgrund: 30, 1-2, etwas vermehrt, Ski und Rodel sehr gut; Bad Landek: 16, 2, Ski und Rodel gut; Karpenstein, 27, 6-10, etwas vermehrt, für alle Sportarten ausgezeichnet; Grünwald: 71-75, 11-15, etwas vermehrt, für alle Sportarten ausgezeichnet; Hohe Eule: 46-50, 3-5, etwas vermehrt, Ski und Rodel gut; Silberberg: 25, 6-10, etwas vermehrt, Ski und Rodel gut; Bad Reinerz: 31-35, 6-10, Pulverschnee, für alle Sportarten ausgezeichnet; Zoben: 23, 3, Rodel bis zur Tampadeler Eise und Apothekerbaude; Gärbersdorf: 36-40, 21-30, Pulverschnee, für alle Sportarten ausgezeichnet.

Beste Wetternachrichten.

Datum: 30. 12. 26	Temperatur			Wetter	Wind	Niederschlag mm	Schneehöhe cm
	best. Zeit	Maxim. seit 24 Stunden	Min.				
Grünberg	1	4	-0	Schnee	SW 3	5,1	
Görlitz	2	5	-0	"	SW 3	2	
Kobitz	1	5	-0	"	SW 3		25
Bad Hilsberg	1	5	-0	"	SW 3		1,6
Heufuderbaude	1	5	-0	Nebel	SW 3		1-45
Seibitz	1	5	-0	Schnee	SW 3		151-160
Klein-Tschansch	1	5	-0	"	SW 3		71
Schneegrubens	1	5	-0	"	SW 3		2
Reifträger	1	5	-0	bedeckt	SW 3	4,9	1-2
Neue Schlesiße	1	5	-0	Schnee	SW 3		28
Alte Schlesiße	1	5	-0	"	SW 3		5
Baude	1	5	-0	bedeckt	SW 3	81-85	16
Grünwald	1	5	-0	Schnee	SW 3		16
Hohe Eule	1	5	-0	Schnee	SW 3	10,2	1-2
Silberberg	1	5	-0	bedeckt	SW 3	5,3	
Bad Reinerz	1	5	-0	"	SW 3	6	
Zoben	1	5	-0	bedeckt	SW 3		
Gärbersdorf	1	5	-0	bedeckt	SW 3	5,6	11

Wasserstand

30. Dezember		Kamern (Unter-Regel)	
Kaffee	1,66	Kamern (Unter-Regel)	3,02
Wasser (Stadt) v. 22. 12.	-0,34	Dampfertrieb	2,33
Stiefenwasser (Unter-Regel)	1,69	Abkühlung erheblich 160 cm	
Wasser (Kamern)	2,78	Jahresabnahme v. 28. 12.	1,68
Teich	0,90	Kamernwärme	-0,2

Die „Heiligen Zwölfnähte“.

Die Zeit der Zwölfnähte spielt seit uralter Zeit eine wichtige Rolle für die Zukunft. Die Zwölfnähte beginnen am 25. Dezember und reichen bis zum 6. Januar. Jede Nacht hat nach uraltem Volksglauben ihre Vorbedeutung für den einflussreichen Monat eines Jahres. Was man danach in den Zwölfnächten träumt, geht in Erfüllung und trifft mit dem Monat ein. Jeder Tag ist an sich eine Vorbedeutung für das Wetter-Jahr des folgenden Jahres. Je eifriger der wilde Jäger jagd, das heißt, je eifriger der Sturm die Bäume rüttelt, desto fruchtbarer wird das kommende Jahr, und je länger die Eiszapfen hängen, desto höher wächst der Flecht. Die Zwölfnähte sind nach altgermanischem Glauben, hinter dem sich ein guter Teil naiver Naturerkenntnis verbirgt, die Zeit, wo die Götter auf Erden umherschauen. Frau Holle, die Gemahlin Wodans, prüft die Hauswirtschaften, belohnt die Fleißigen und bestraft die Trägen. Die wichtigsten häuslichen Arbeiten sollen ruhen, denn es ist heilige Zeit. Weber Spinnrad und Waggenrad soll sich umdrehen. Es darf auch nicht gewaschen, gebadet, nicht gefegt, nicht Dünger ausgefahren werden, sonst kommt Unheil ins Haus. Wer Wäsche auf der Jauz hängt, kann damit einen Todesfall im kommenden Jahre herbeiführen. Der Gipfel der Zwölfnähte ist der Silvesterabend, der Abschluss der Tag der heiligen drei Könige. Von da an werden die Tage wieder um einen halben Tag länger, später um einen immer reichlicheren Zeitabschnitt, Ende Januar schon um eine Stunde.

Gymnastik.

Sportliches Gerätturnen und Leichtathletik bilden den Übungskreis, der bereits in der Turnhalle Wagnersstraße sich befindenden Abteilung der freien Turnerschaft Breslau. Jeder Klassen-

Sozialdemokratische Partei
Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36
Telephon: Ohle 5632.

Achtung, Distriktsleiter! Die Berichtsbogen aus den Distrikten 5, 6, 10, 18, 20, 21, 22, 25 28/29, 30, 34, 35, 40, 41, 42 fehlen noch. Es wird erlucht, dieselben umgehend dem Sekretariat auszustellen.

Distrikt 15, Funktionär- und Komiteeführung heute abend 7 1/2 Uhr bei Heinrich, Andersenstraße 39 Alles hat zu erledigen. Distrikt 15. Heute abend von 7 bis 9 Uhr im Distriktsrat, Martenaustraße an die Bezirksleiter, Reiner darf fehlen. **Statute zur Gertrud-Hanna-Berlinung** sind noch vorrätig, und können im Sekretariat abgeholt werden.

Jugendsozialisten. Freitag abend trifft sich alles um 8 1/2 Uhr zur Silvesterfeier in der Monistischen Gemeinde. Anfang 9 Uhr. Wer noch „Junge Kämpfer“ hat, kann sie dort bei Gen. Kaul abrechnen.

Freiwerthshausliches Jugendrat.
3. d. J. Jugend. Freitag, den 31. Dezember, beteiligen wir uns geschlossen an der Kundgebung der Freiwerthshauslichen Jugend in der Erbauungshalle der Monistischen Gemeinde. Grünstraße. Wir treffen uns abends 11 Uhr Ecke Palm- und Grünstraße. Beteiligt auch recht zahlreich an dieser Kundgebung.

Achtung, Jugendfreunde! Betreffend unsere Winterferien nach Zoben am 2. Januar, bitten wir, die Notiz in der morgigen „Volkswacht“ zu beachten.

Heimkommission. Heute 7 1/2 Uhr. Sitzung. Material mitbringen.

Freiwerthshausliche Jugend. Freitag beteiligen wir uns an der Silvesterfeier im Saal der Monistischen Gemeinde. — Sonntag ist ein Heimabend an dem allen das Gruseln beigebracht wird. Das Heim ist ab 6 1/2 Uhr geöffnet.

Metallarbeiter-Jugend. Vertrauensleute, Sonntag, vor mittags 10 Uhr. Sitzung im Heim (Galeriestimmer).

Sozialistische Arbeiterjugend.
Fahnen! Jedes Heim muß seine Fahnen besorgen, damit sie für die Jahresfeier alle da sind.
Alle Teilnehmer am heutigen Funktionärkurs bringen ein Brettspiel mit.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Stadttheater. Heute Donnerstag, Anfang 6 1/2 Uhr als 7. Abonnements-Vorstellung der Serie E. „Paeletrina“. Auf die Silvester-Vorstellung am Freitag, 7. Uhr, die im 2. Akt der Aufführung gelangenden Operette „Der Vogelhändler“. Intime Kabarettvorstellungen bringt, wird nochmals besonders hingewiesen. — Am Neujahrstag, nachmittags 3 Uhr, wird zum letzten Male das Weihnachtsmärchen „Der Puppenmacher“ (vermählte Weibliche Gruppe 2) gegeben, abends 7 Uhr „Lobengrin“. Sonntags, den 2. Januar, 7 1/2 Uhr, „Louise“ von Charpentier.

Roberttheater. Heute und die folgenden Tage „Lustige Sonntags- und Sonntag nachmittags „Zwera Male“. In Vorbereitung befindet sich das mit dem Kleinstpreis ausgezeichnete Stück von Vernet-Hollent „Napolitana“ (1. Akt) in der Vorbereitung des Intendanten Paul Barnas.

Thalia-Theater. Heute und täglich „Dover-Calaïs“. Sonntags nachmittags „Der Froschkönig“. In Vorbereitung befindet sich Bernhard Schims Drama „Frau Warrens Gemerbe“.

Schauspielhaus. Heute, Donnerstag, und die folgenden Tage „Die Firtsprinzein“. Sonntags nachmittags „Das Dreimäderlchen“. Sonntag nachmittags unter persönlicher Leitung des Komponisten Eduard Künneke „Lohn Hamilton“.

Wieland-Theater. Heute abend verabschiedet sich Faubermeyer-Kahner und das gesamte Weihnachtsprogramm von dem Breslauer Publikum.

Geschäftliches.

Das unseren Lesern durch die Inserate während des ganzen Jahres gut bekannte Dampfdestillierwerk Herzberg & Co. verleiht seine Fabrikate nach ganz Deutschland und gibt am hiesigen Werke diese Fabrikate zu Fabrikpreisen in seinen fünf Niederlagen: Köpchenstraße 48, Büchsenstraße 20, Michaelisstraße 3 (dicht an der Matthiasstraße), Klosterstraße 64 (dicht am Mauritiusplatz), Leubnitzstraße 10 (dicht an der Friedrich-Wilhelmstraße), also sehr bequem für alle Stadtbezirke, ohne jeden Zwischenhandel ab. Es sind keine Schankstuben, sondern reine Verkaufsstellen.

Amthliche Devisenkurse der Berliner Börse

vom 29. Dezember		
1 Pfund Sterling	20,337	100 fr. Francs
1 Dollar	4,189	100 sch. Kronen
100 belg. Gulden	167,72	100 Schweizer Francs
100 Belg. = 500 Franken	58,31	100 Portug. Escudos
100 norm. Kronen	105,04	100 ungar. Kronen
100 Danzig. Gulden	81,40	100 österr. Kronen
100 Lire	18,79	100 öst. Schilling
100 dan. Kronen	111,79	100 Flota

Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, A.-G.

Zentrale: Berlin.

Filliale Breslau

Margaretenstr. 17 (Gewerkschaftshaus)

Postcheckkonto: Breslau Nr. 414.

Filialen und Zahlstellen an vielen Plätzen des Reiches.

An unsere Sparer! Die Zinsen für das Jahr 1926 können vom **3. Januar 1927** ab den Spardbüchern zugeschrieben bzw. ausgezahlt werden.

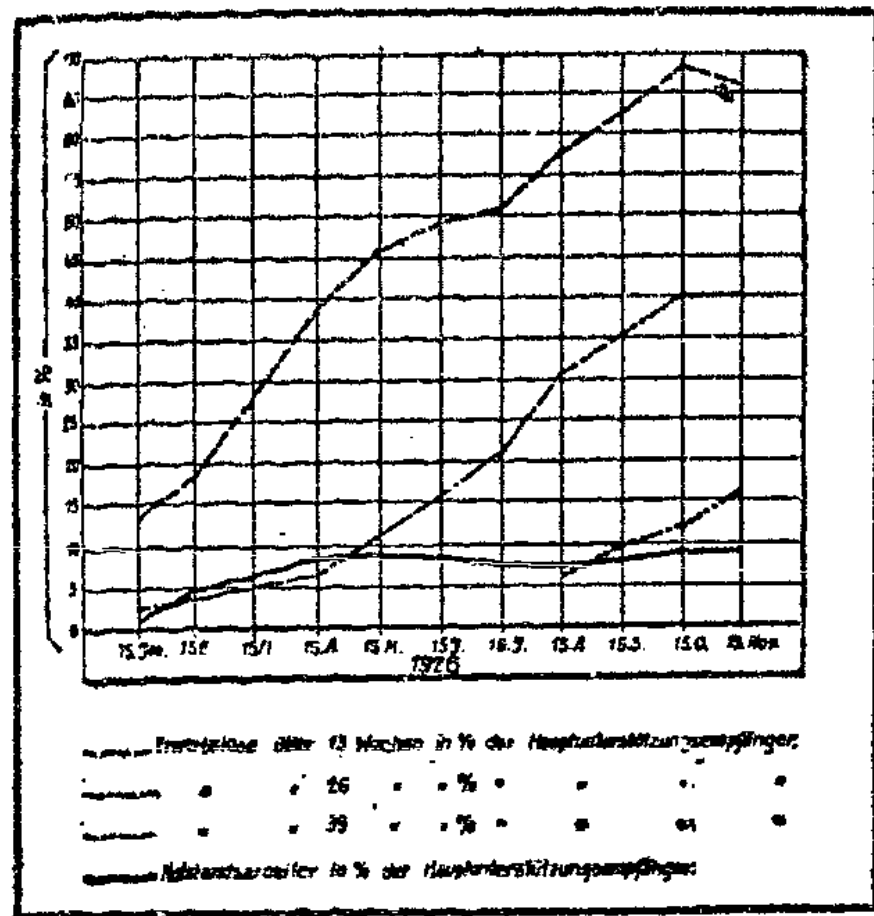
Kassenstunden: täglich von 8 1/2-1 Uhr und 4-7 Uhr. / Sonntags nur bis 1 Uhr.

Annahme von Spareinlagen von 1 RM an bei günstigster Verzinsung. — Sparmarken à RM 0,50, 1,00 und 2,00. — Heimspardbüchern.

Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte

Arbeitsmarkt 1926.

Die schwere Wirtschaftskrise, die im Herbst 1923 ausbrach, und die ihr folgende Arbeitslosigkeit haben ein neues Problem entstehen lassen, das die deutsche Arbeiterschaft in dieser Härte bisher noch nicht kennen gelernt hat. Es handelt sich um das Problem der langfristigen Erwerbslosigkeit. Leider liegen die statistischen Aufzeichnungen erst bis zum 15. November vor, aber das Bild, das sie entrollen, ist ein überaus trauriges. Ueber die Unterstützungsdauer der erwerbslosen Hauptunterstützungsempfänger gibt folgende Darstellung Aufschluß:



Diese graphische Darstellung zeigt deutlich, daß trotz des Rückganges der Gesamterwerbslosigkeit die Zahl der langfristigen Erwerbslosen immer noch zunimmt. Der volle Umfang dieser Zunahme wird freilich verdeckt. Wer von den rund 143 000 Erwerbslosen, die am 15. September länger als 39 Wochen Unterstützung bezogen, bis zum 15. Dezember keine neue Arbeit gefunden hatte, ist heute ausgesteuert und der Krisenfürsorge überlassen. Wenn nun von dem Reichsarbeitsministerium behauptet wird, innerhalb der Zahl der Erwerbslosen fände eine lebhafte Fluktuation statt, die dazu führe, daß die Zahl der langfristigen Erwerbslosen verhältnismäßig gering sei, so wird damit der Ernst des Problems unterschätzt. Unsere Zahlen zeigen, daß von den Erwerbslosen, die am 15. November

noch Unterstützung bezogen, 35 über 1/2 Jahr, 1/3 länger als 1/2 Jahre ohne Arbeit waren.

Dabei spielt die Zahl derer, die durch Maßnahmen der öffentlichen Hand Arbeit erhalten, eine außerordentlich große Rolle. Wie groß wirklich die Zahl der Arbeiter ist, die durch die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogrammes der Reichsregierung beschäftigt werden, ist nicht bekannt und kann der Natur der Sache nach nicht bekannt sein. Sicher ist, daß die für den Wohnungsbau ergriffenen Maßnahmen von Reich, Ländern und Gemeinden für die Bauarbeiter eine fühlbare Entlastung geschaffen haben. Dagegen steht fest, daß die große Siedlungsaktion bisher praktisch negativ geblieben ist. Die Gelder, die man der Reichsbahn gegeben hat — über 100 Millionen Mark — sind zu einem Teil der Verkehrs-Kreditbank zugeflossen und dürften auf dem Umwege über die Verkehrs-Kreditbank auch die Börse mitempfinden haben. Denn die außerordentlich günstige Finanzlage der Reichsbahn hätte es ihr ermöglicht, für die unternommenen Bauten Eigenmittel heranzuziehen. Wenige Millionen Mark zum Zwecke der Zinsverbilligung hätten das gleiche getan wie der viel größere Betrag, der dazu diente, den übermäßigen Kassenbestand der Reichsbahn unnötigerweise anzuheben zu lassen. Bei den Kanalbauten sind sicherlich nur wenige tausend Arbeitnehmer neu beschäftigt worden, und für den Landstraßenbau ist bisher Großzügigkeit von keiner Stelle getan worden, so notwendig das auch wäre. Am schlimmsten sieht es freilich bei den kommunalen Notstandsarbeiten aus. Die schwierige Finanzlage der deutschen Städte und wohl auch bürokratischer Schematismus bei der Verwaltung der Mittel der produktiven Erwerbsloshilfe haben dazu geführt, daß die Zahl der Notstandsarbeiter, die Mitte Mai 170 000 betrug, nicht auf 50 000 gestiegen ist, wie es der Reichstag gefordert hat, sondern um fast 25 Prozent auf weniger als 130 000 zurückging. Zwar hat der Reichswirtschaftsminister im Juli freilich versprochen, daß die Zahl der Notstandsarbeiter vom 15. Mai wieder erreicht und wesentlich überschritten werden solle. Er hat aber sein Versprechen bis heute nicht eingelöst.

So hat der Arbeitsmarkt im Laufe des Jahres 1926 ein immer unerfreulicherer Aussehen bekommen. Die Zahl der Arbeitslosen ist zwar zurückgegangen, aber die langfristige Erwerbslosigkeit ist ständig gewachsen. Die Mittel, die man gegen diese langfristige Erwerbslosigkeit zur Anwendung bringen wollte, sind teils überhaupt nicht, teils unzureichend verwendet worden. Am Ende des Jahres hat insichtlich der Arbeitsmarkt jene unheimliche Gestaltung angenommen, daß zahlreiche Arbeiter in einem unerhörten Maße Überstunden leisten, die einen Raubbau an ihrer Arbeitskraft bedeuten — es sind Fälle bekannt geworden, in denen über 90 Stunden die Woche gearbeitet wurde, und 70 Stunden sind in der Textilindustrie kaum noch besonders selten — während Hunderttausende länger als Dreivierteljahr außer Arbeit sind und in der Not der Erwerbslosigkeit körperliche und geistige Spannkraft einbüßen. Auf den Gebieten der Arbeitsbeschaffung und der Arbeitszeit grundlegenden Wandel zu schaffen, ergibt sich damit als wichtigste arbeitsmarktpolitische Aufgabe für das neue Jahr.

Fortgesetztes Steigen der Erwerbslosenziffer

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbsloshilfe hat auch in der ersten Dezemberhälfte eine weitere Zunahme erfahren. In der Zeit vom 1. bis 15. Dezember ist die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 1 124 000 auf 1 208 000 gestiegen; die der weiblichen von 245 000 auf 256 000. Die Gesamtzahl erhöhte sich von 1 369 000 auf 1 464 000. Die Gesamtzunahme beträgt rund 95 000 oder 6,9 Prozent. Die Zahl der Zuschlagsempfänger und unterstützungsberechtigten Angehörigen ist im gleichen Zeitraum von 1 465 000 auf 1 592 000 gestiegen.

Heut nochmalige Verhandlungen im Braunkohlenbergbau.

Nach der einstimmigen Ablehnung des vom Reichsarbeitsminister für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau gefällten Schiedsspruch über die Arbeitszeit durch die Vertreter der Arbeitnehmer und nach dem Antrag der Zechenbesitzer, den Schiedsspruch für verbindlich zu erklären, hat der Reichsarbeitsminister für Donnerstag noch einmal Verhandlungen anberaumt. Es ist indessen nahezu ausgeschlossen, daß hierbei eine Einigung erzielt werden kann. Die Unternehmer beharren auf der überlangen Arbeitszeit, die feinerzeit als „vorübergehend“ eingeführt wurde — die allgemeine Regelung der Arbeitszeit durch den Schiedsspruch sieht untertage 8 bis 8 Stunden, übertage ohne Pausen täglich 10 Stunden vor —; die Arbeitnehmer fordern die Rückkehr zum Achtstundentag.

Schiedsspruch für die ostfälische Textilindustrie.

Für die Textilindustrie Ostfalens hat der von den Unternehmern angerufene Dresdener Schiedsrichterspruch einen Schiedsspruch gefällt. Danach erhöhen sich die Grundlöhne sowie die Akkordlöhne und die Akkordzulöhne um 7 1/2 Prozent. Die im Rahmentarifvertrag vorgegebenen Akkordregulierungen bleiben bestehen. Für die 2-Stuhl-Arbeit ist der Grundlohn des 1-Stuhl-Webers um 15 Prozent, für die 3-Stuhl-Arbeit um 25 Prozent, und für die 4-Stuhl-Arbeit um 26 Prozent zu erhöhen. Dieses Lohnabkommen soll ab 1. Januar 1927 gelten und kann zum Ende eines Monats, frühestens zum 30. September 1927, gekündigt werden. Die Erklärungssfrist für die Parteien läuft bis zum 3. Januar.

Die Entschädigungen für erwerbslose Pflichtarbeiter.

An Hand eines Einzelfalles führte die Kommunistische Landtagsfraktion in einer kleinen Anfrage Beschwerde darüber, daß Erwerbslose, die mit Pflichtarbeit beschäftigt werden, das notwendige Werkzeug selbst zu stellen hätten, während nach den geltenden Bestimmungen den Pflichtarbeitern ein Zuschuß in Höhe von 50 Prozent der Hauptunterstützung gewährt werden müsse. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst auf Grund der Antwort des Ministers für Volkswohlfahrt mitteilt, wird es als recht und billig bezeichnet, Pflichtarbeitern eine Entschädigung für Mehraufwendungen infolge erhöhter Abnutzung von Kleidung und Schuhwerk zu gewähren. Infolgedessen ist in dem erwähnten Einzelfall dafür Sorge getragen worden, daß den Pflichtarbeitern künftig eine Entschädigung für tatsächlich erfolgte Mehraufwendungen gewährt wird.

Kommunisten in der Praxis und der Achtstundentag.

Die Kommunisten können in ihrer Presse das Maul nicht weit genug aufreißen über den angeblichen Verrat der Gewerkschaftsführer. Täglich wird versucht, einige solcher Empfindungen auszupressen. Wo die Kommunisten aber die Führung haben, da wird natürlich ganz revolutionär vorgegangen.

In Münchenbernsdorf (Sachsen) haben die Kommunisten die Führung im Deutschen Textilarbeiterverband. Der Ortsvereinsvorstand befindet sich in deren Händen und auch die Betriebsräte sind zum größten Teil kommunistisch zusammengesetzt. Dort wird nun ein revolutionärer Arbeiterpolitik gemacht. Die Frau Rosendorf & Pöcher wollte auf längere Zeit Doppelstunden einführen und zu diesem Zweck eine größere Anzahl Arbeiter von Gera einstellen. Was machen da die kommunistischen Heiden von Münchenbernsdorf?

Sie beschließen, daß sie lieber 56 Stunden pro Woche arbeiten wollen, damit keine Arbeitslosen eingestellt zu werden brauchen. So sieht die Arbeit dieser Schreihäse in der Praxis aus. Nach außen werden große Gesten gemacht und Kongresse der Werktätigen abgehalten, wo große Entschuldigungen für das Wohlergehen der Arbeitslosen angenommen werden, und in der Praxis wird das Gegenteil durchgeführt. Darüber schweigt sich natürlich die kommunistische Presse aus.

Kongress der neutralen Gewerkschaftsvereinigungen.

Wie die Blätter melden, findet dieser Tage in Utrecht ein internationaler Kongress von Vorstandsmitgliedern neutraler Gewerkschaftsvereinigungen zu dem Zwecke statt, die im vergangenen Jahr in Luxemburg abgehaltenen Besprechungen über die Gründung eines internationalen neutralen Gewerkschaftsverbandes fortzusetzen. Der Kongress wird vom Vorsitzenden des Allgemeinen Niederländischen Gewerkschaftsbundes, de Boer, eröffnet und geleitet. Das Vorstandsmitglied des deutschen Gewerkschaftsbundes, Lommer, teilt mit, daß auf Grund einer Vereinbarung mit dem Direktor des Genfer Internationalen Arbeitsamtes, Thomas, vom 1. Januar ab ein Vertreter der neutralen Gewerkschaftsbewegung dem Genfer Arbeitsamt zugeordnet werden soll, wozu der Vorsitzende des Deutschen Angestelltenbundes, Schneider, ausersehen sei. Auf Vorschlag von Lommer wurde beschlossen, die endgültige Gründungsverammlung der neutralen Gewerkschaftsinternationale in der zweiten Hälfte des Jahres 1927 in Berlin abzuhalten.

Die führende Stellung der niederländischen freien Gewerkschaftsbewegung geht aus einer Zusammenstellung hervor, die dieser Tage vom Niederländischen Zentralbüro für Statistik veröffentlicht wurde. Danach fand am 1. Januar 1926 der Niederländische Gewerkschaftsbund mit 190 000 Mitgliedern weitaus an der Spitze; in weitem Abstand folgen die Admich-katholische Zentrale mit 90 000 Mitgliedern, die Christlich-nationale Zentrale mit 48 000 und das Syndikalistische rationale Arbeitersekretariat mit 13 000 Mitgliedern. Das starke Aufblühen der freigewerkschaftlichen Bewegung im Laufe dieses Jahres ist noch nicht berücksichtigt. Nur der freigewerkschaftliche Verband hat gegenüber 1925 eine Zunahme, und zwar von 6000 Mitgliedern, zu verzeichnen, während alle anderen Zentralen zurückgegangen sind. In absehbarer Zeit dürfte der Niederländische Gewerkschaftsbund seine Mitgliederziffer vom Jahre 1920 in Höhe von 247 000 wieder erreicht haben.

Viel Glück im neuen Jahr und gute Gesundheit!

Wirtschaft.

Reichsfinanzen 1926.

Wenn wir bei Abschluß des Kalenderjahres das laufende Etatsjahr überblicken, zeigt sich eine prägnante Fortsetzung jener Entwicklung, die man gelegentlich einmal mit Recht als das deutsche Steuerwunder bezeichnet hat. Als zu Beginn des Etatsjahres der Steuerabbau vorgenommen wurde, mußte man mit einmaligen Ausfällen rechnen. Die verhältnismäßig günstige Entwicklung der allgemeinen Wirtschaftslage infolge des englischen Streiks, die relative Verbesserung des Arbeitsmarktes und die hierdurch eingetretene Steigerung der Konsumkraft der breiten Massen sowie vor allem die außerordentlich hohen Einnahmen aus den Besitzwerten haben jedoch zu anderen Ergebnissen geführt. Das Unerwartete ist eingetreten: die Reicheinnahmen werden sich im Gesamtergebnis sehr wahrscheinlich über das Ergebnis des Vorjahres stellen.

Wenden wir uns nun den verflochtenen acht Monaten des Etatsjahres auch noch mit 70 Millionen hinter dem Ergebnis des Vorjahres zurück, so ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Gesamteinnahmen auf Grund von Mehreinnahmen in den kommenden Monaten über denen des Vorjahres liegen werden, wenngleich es unwahrscheinlich ist, daß die Reicheinnahmen des Jahres 1924 in Höhe von 7,8 Milliarden erreicht werden. Dabei hat sich die überraschende Tatsache gezeigt, daß die Einkünfte aus den Massensteuern weit rascher gestiegen sind, als die Einkünfte der Massen selbst. Die Lohnsteuererträge, einschließlich der Lohnsteuerübererstattungen, zeigten folgende Entwicklung: Gegenüber dem Aufkommen im Monat April (88,8 Millionen Mark) gleich 100, so ergibt sich für Mai 102,4, für Juni 104,3, für Juli 106,5, August 105,5, September 105,2, für Oktober 108,1 und für November (97,7 Millionen Mark) gleich 110.

Da im Laufe dieser acht Monate der Lohnsteuertarif keine Änderung erfahren hat, dürfte die Lohnsteuer der zuverlässigste Index des Masseneinkommens sein, den wir zur Verfügung haben. Vergleicht man damit das Aufkommen aus den Massensteuern, so ist es angebracht die Verbrauchssteuern aus alkoholischen Getränken aus der Vergleichung auszuschalten, da dieser Verbrauch starken Saisonschwankungen unterliegt. Ferner ergeben sich infolge der Anhebung der Steuertermine erhebliche Verschiebungen in den ersten Monaten der Quartale. Vergleicht man aber das Aufkommen aus den Massensteuern in den Monaten Mai, August und November, so zeigen sie die folgende Entwicklung: Das Aufkommen aus Massensteuern betrug im Mai 295,6 Millionen Mark gleich 100, im August 331,2 Millionen Mark gleich 112 und im November 373,6 Millionen Mark gleich 126,4.

Der Beitrag der Massen zur Deckung des Staatsbedarfs ist also rascher gestiegen als ihr eigenes Einkommen. Zu dieser günstigen Entwicklung der Reichsfinanzen tragen neben dieser Uebersteuerung des Masseneinkommens die überraschend hohen Einnahmen aus den Besitzsteuern bei. Damit hat sich gezeigt, daß die Sozialdemokratie völlig im Recht war, wenn sie in den vergangenen Jahren behauptete, daß das Einkommen der bestbezahlten Klassen unzureichend besteuert war. Tatsächlich sind in dem hohen Steuereinkommen dieses Jahres recht erhebliche Nachzahlungen für vergangene Jahre enthalten. So kommt es, daß sowohl die Einkommensteuer des Besten wie die Körperschaftsteuer der Kapitalgesellschaften erhebliche Mehrerträge über den Voranschlag hinaus brachten.

Als der Reichsfinanzminister den Etat für das laufende Finanzjahr vor dem Reichstage vortrat, kündigte er eine große Reichsanleihe von circa 300 Millionen Mark an. Die Einnahmen haben die Anleihe überflüssig gemacht. Selbst nachdem der Nachtragsetat angeblich den Anleihebedarf des Reiches auf fast eine Milliarde gesteigert hat, kann es sich der Finanzminister leisten, mindestens bis zum April nächsten Jahres mit der Auflegung seiner Anleihe zu warten. Das ist erfolgt, obgleich unnötigerweise Einnahmen aus der Börsenumlagesteuer in Höhe von circa 30 Millionen vom Reichsfinanzminister aufgegeben wurden und obgleich auf der anderen Seite Ausgaben geleistet wurden, deren Notwendigkeit außerordentlich zweifelhaft erscheinen muß. Ganz zu schweigen von dem merkwürdig großen Sachbedarf unserer Reichswehr, der mit den eigentümlichen Zuständen, die dort bestehen, zusammenhängen dürfte, die man es für nötig gehalten, der Reichsbahn, die über einen Kassenbestand von rund einer halben Milliarde verfügt, einen Kredit von über 100 Millionen Reichsmark zu geben, statt sich lieber mit einem Zuschuß von wenigen Millionen zum Zwecke der Zinsverbilligung zu begnügen. Ebenso hat man es für notwendig gehalten, unter Verletzung des Staatsrechtes des Reichstages, dem ostpreussischen Großgrundbesitz Millionen zum Zwecke seiner Entschuldung zuzuwenden. Den Banken, die der ober-schlesischen Eisenindustrie für ein unfünftiges Investitionsprogramm übermäßig hohe Mittel gegeben hatten, zahlte das Reich die Kredite zurück. Viele andere Fälle dieser Art ließen sich noch aufzählen. Aber der reiche Segen steigender Steuereinnahmen hat den Reichsfinanzminister vor den Folgen seiner unzureichenden Ausgabenwirtschaft, die überall das notwendige Maß an Spararbeit vermissen läßt, bewahrt.

So wird auch das Jahr 1926 ein Ueberflusshjahr werden. Erst im Jahre 1927 werden die Reichsfinanzen in ein Stadium eintreten, in dem wirklich Schwierigkeiten drohen, falls nicht eine unwahrscheinliche grundlegende Besserung der deutschen Wirtschaftslage in den nächsten Monaten sich durchsetzen sollte.

Neubauten bei der Hapag.

Die Hamburg-Amerika-Linie hat drei Schiffe mit einem Tonnengehalt von je rund 9000 Tonnen bei der Deutschen Werft in Auftrag gegeben. Die Schiffe sind für den Dienst nach der südamerikanischen Westküste und für die Luftschiffahrt bestimmt. Von den Frachtschiffaufträgen des Norddeutschen Lloyd fielen zwei schnelle Motorschiffe an die A.G. Weser in Bremen und eins an die Ledtenborgwerft. Der Auftrag von zwei weiteren Schiffen wird wahrscheinlich an den Hamburger Vulkan gehen. Weiter heißt es, daß die Deutsch-Afrika- und die Woermannlinie in Hamburg weitere Schiffsaufträge vorbereiten. Im Zusammenhang damit soll eine Kapitalserhöhung erfolgen werden. Die Kosten für die Neubauten werden durchweg aus laufenden und vorhandenen Mitteln bestritten. Wenn auch die Kapitalserhöhungen bei den einzelnen Gesellschaften diese Art der Finanzierung erklärlich machen, spricht dies doch von der gesteigerten Kraft unserer Schiffsgesellschaften.

Der Jahresbericht der Hamburger Handelskammer

wendet sich mit einiger Entschiedenheit gegen die Konzentrationsvorgänge in der deutschen Wirtschaft und gegen eine „gemilde Hochschutzzollpolitik der großen Wirtschaftskörper“. Indessen stellt die Berichtsbewertung die gleiche jegliche Konsequenz. So spricht sich der Bericht im gleichen Atemzug mit scharfsten Ausdrücken gegen die wirtschaftliche Betätigung des Staates aus, womit man sich natürlich jeder Möglichkeit herab, die von der Handelskammer beflagten Schäden abzustellen. Besonders behauerlich ist wie immer der Abschnitt Sozialpolitik, der nichts anderes enthält als Beschwerden, Proteste, Klagen und Einwände.

Was die Darstellung der Hamburger Wirtschaftslage angeht, so ist sie trotz vieler Einschränkungen durchaus optimistisch gehalten. Hervorgehoben wird die Verstärkung der hamburgischen Tonnage in der Schifffahrt, sämtliche Fernlinien (keinen im ganzen genommen gute Erträge) geliefert zu haben. Auch die Lage der Fischschiffahrt und Hochseefischerei dürfte sich gegenüber dem Vorjahr beträchtlich gebessert haben.

Eine bemerkenswerte Wandlung kann man in der Betätigung der Handelskammer noch im Vorjahre die Parole der Kolonialpolitik imperialistischen Vorhabens übernahm, ist sie dieses Jahr viel vorsichtiger, und betont, daß sich Begriff und Wesen der Kolonialpolitik wesentlich gewandelt haben.